

INTERESSEN-GEGENSÄTZE UND
GRUPPENBILDUNGEN
INNERHALB DER
ÖSTERREICHISCHEN VOLKSPARTEI

Eine empirische Studie

von

Alfred STIRNEMANN

Forschungsbericht No. 39

Oktober 1969

Vorwort

Für das Studium der österreichischen Politik fehlen weitgehend empirische Erhebungen und zahlenmässige Unterlagen. Dieser Mangel ist besonders bei der Darstellung der politischen Parteien fühlbar. So gibt es bis heute keine genaue empirische Darstellung der Funktionen des innerparteilichen Lebens in Österreich, weder des Prozesses der Interessenartikulation und -aggregation noch der Rekrutierung politischer Repräsentanten.

Die vorliegende Arbeit unternimmt den Versuch, die innerhalb einer der beiden grossen Parteien Österreichs, nämlich der ÖVP, bestehende Interessengegensätze und -gruppierungen zu beschreiben, sowie zahlenmässig genau zu belegen. Es wurden dabei sowohl die aus sozio-ökonomischer, wie auch die aus weltanschaulicher und aus regionaler Gegensätzlichkeit entstehenden innerparteilichen Gruppierungen erfasst. In einem mühsamen Vorgang mussten die Fakten aus dem spärlich vorliegenden Material und den Erfahrungen zahlreicher Insider der einzelnen Gebiete des parteipolitischen Lebens erhoben, kritisch verglichen, beschrieben und zu sinnvollen Aussagen zusammengefasst werden. Dabei musste sich die Untersuchung ihrer Aufgabe nach weitgehend auf die Deskription und Datenberechnung beschränken. Das vorliegende Material bedarf einer noch weitergehenden Interpretation in seiner Bedeutung für die wissenschaftliche Theorie und die politische Praxis.

Anstoss zu dieser Arbeit war das Seminar Professor Rodney Stiefbold's (University of California, Berkeley) am Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung in Wien. Ihm bin ich für zahlreiche Anregungen und Ermutigungen dankbar. Unter dem Titel "Factions and Cleavages within the Austrian People's Party" wird sie in dem von Rodney Stiefbold herausgegebenen Band über Österreich der Reihe "Policy of the Smaller European Democracies" (Gesamtherausgeber Prof. Robert Dahl, Yale und Prof. Stein Rokkan, Bergen) in der Stanford University Press im Jahre 1970 erschienen.

Mein Dank gebührt weiters dem Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung in Wien, den Assistenten und Kollegen

der politologischen Abteilung des IHS und vielen Freunden,
die mir durch Information und Ratschlag beistanden.

Alfred Stirnemann

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	I
Inhaltsverzeichnis	III
Tabellenverzeichnis	VI
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen	VIII
 <u>Fragestellung</u>	 1
Soziale Integrationspartei	4
Ideologisch pluralistische Partei	4
Wählerpartei	7
Partei, Interessengegensätze	8
Fraktionen, politische Tendenzen	9
Katalog der Interessengegensätze und Gruppen- bildungen	13
Untersuchungsmethode	14
 <u>Die Bünde der ÖVP</u>	 16
<u>Der Österreichische Bauernbund</u>	16
Hauptinteressen	16
Kontroverse Fragen zwischen den Bünden	17
Mitgliedszahlen, Organisationsgrad, Wähler- potential	17
Agrarklub	20
Regierungsbeteiligung	22
Nationalratspräsidium	22
Nationalratsausschüsse	23
Landespolitik	24a
Landwirtschaftskammern	24a
Genossenschaftswesen	26
 <u>Der Österreichische Wirtschaftsbund</u>	 27
Mitgliedszahlen, Organisationsgrad, Wählerpotential	27
Hauptinteressen	29
Kontroverse Fragen zwischen den Bünden	29
Wirtschaftsbundklub	29
Regierungsbeteiligung	29
Nationalratspräsidium	31
Nationalratsausschüsse	31
Landespolitik	32
Handelskammern	32
Kammern der freien Berufe	32
 <u>Der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund</u>	 33
Mitgliedszahlen, Organisationsgrad, Wähler- potential	33
Hauptinteressen	33
Kontroverse Fragen zwischen den Bünden	34
ÖAAB-Parlamentsklub	35
Regierungsbeteiligung	35
Nationalratspräsidium	37
Nationalratsausschüsse	37
Landespolitik	37
Arbeiterkammern	38
Gewerkschaften	38

	Seite
<u>Die nicht hinreichend vertretenen Interessen</u>	39
Konsumenten	39
Arbeiter	39
Privatangestellte	39
Jugend und Studenten	40
Akademiker	40
Frauen	40
Freie Berufe	40
<u>Interessengegensätze innerhalb der Bünde</u>	41
Interessengegensätze innerhalb des ÖBB	41
Interessengegensätze nach der Betriebsgrösse	41
Interessengegensätze nach der Produktionsweise oder dem Produkt	42
Allgemeiner Bauernverband	43
Interessengegensätze innerhalb des ÖWB	46
Gruppen innerhalb des ÖWB	46
Gruppenmässige Zusammensetzung des Wirt- schaftsbundklubs	47
Interessengegensätze innerhalb des ÖAAB	48
Gruppen innerhalb des ÖAAB	48
ÖAAB-Parlamentsklub	50
Gewerkschaftsfraktion	51
<u>Formen der Interessenaggregation innerhalb der Partei</u>	52
<u>Wo ist die Partei mehr als die Summe der Bünde?</u>	54
<u>Föderalismen und Regionalismen</u>	56
Ära Figl - Raab	56
Zeit der Reformer	58
Alleinregierung	58
Entsendung von Bundespolitikern	59
Bündische Aufteilung nach Bundesländern	59
<u>Politische Tendenzen</u>	63
<u>Die Katholische Kirche und die Katholiken</u>	64
Probleme	64
Christlich-soziale Partei	64
Politischer Katholizismus	64
Amtskirche und Politik	65
Bünde und Katholische Kirche	68
Nationalrat	68
<u>Die Protestanten</u>	69
Zahlen	69
Probleme	69
Nationalrat	70

	Seite
<u>Andere Konfessionen</u>	70
Juden	70
Konfessionslose	71
Gottgläubige	71
<u>Die Liberalen und die Nationalen</u>	71
Liberalen	71
Nationalen	72
<u>Progressive und Konservative</u>	73
Periodisierung	73
Ideologische Auseinandersetzungen	73
Stellung der Bünde	74
Regionale Unterschiede	74
Österreichische Nation	74
EWG-Beitritt	75
Neutralität	75
Ostkontakte	75
<u>Die Sekundärgruppen der politischen</u>	
<u>Sozialisation</u>	76
ÖCV	76
Reichsbund	80
"Neuland".	80
Katholische Aktion	80
Andere katholische	80
Deutsch-nationale	81
Andere	81
<u>Sonstige Interessengegensätze</u>	81
Aus der Stellung in der Parteihierarchie	81
Akademiker	81
Ethnische Minderheiten	82
<u>Literaturverzeichnis</u>	84

Verzeichnis der Tabellen

	Seite
A Stärke der ÖVP-Fraktionen im Nationalrat im Vergleich zu den anderen Fraktionen seit 1945	1
B Mitgliederzahlen der ÖVP, der Bünde, der Bewegungen, seit 1945 und Vergleich mit den Mitgliedszahlen der SPÖ	3
C Übersicht über die quantitativen Änderungen der Programmatik der ÖVP	6
D Verhältnis der Parteimitglieder zu den Wählern, mit Vergleich zur SPÖ	7
E Vergleich zwischen den Mitgliedszahlen der Partei, den erreichten Wahlstimmen und der Zusammensetzung der Bevölkerung	12
F Der Einfluss des ÖBB	18
G Bündische Zusammensetzung der ÖVP-Fraktionen des Nationalrats mit Veränderungen seit 1945	21
H Bündische Zusammensetzung der ÖVP-Fraktionen der Nationalratsausschüsse	24
I Bündische Zugehörigkeit der ÖVP-Landeshauptleute bzw. Stellvertreter (im Zeitvergleich seit 1945)	25
J Der Einfluss des ÖWB	28
K Aufbau der ÖVP-Regierungsfraktionen nach bündischer Zugehörigkeit seit 1945	30
L Der Einfluss des ÖAAB	34
M Verteilung der Ressorts der Bundesregierungen, welche von der ÖVP besetzt wurden, auf die Bünde seit 1945	36
N Prozentmässige Verteilung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und Flächen auf Grössen	42
O Gruppenmässige Zusammensetzung des Agrarklubs im Nationalrat	44
P Der zahlenmässige Einfluss des ÖBB in den Landwirtschaftskammern und die Gruppenzugehörigkeit der Landwirtschaftskammerpräsidenten	45

	Seite
Q Soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft der Kammer der gewerblichen Wirtschaft	46
R Gruppenmässige Zusammensetzung des Wirtschaftsklubs im Nationalrat	48
S Zusammensetzung der Mitgliedschaft des ÖAAB nach sozialen Gruppen	49
T Gruppenmässige Zusammensetzung des ÖAAB-Klubs im Nationalrat	50
U Aufteilung der ÖVP-Regierungsposten nach Bundesländern seit 1945	57
V Bündische Zusammensetzung der ÖVP-Fraktionen der Landtage	60
W Aufteilung der Mitgliederzahlen der ÖVP und ihrer Bünde nach Bundesländern	61
X Zugehörigkeit der ÖVP-Landeshauptleute bzw. -Stellvertreter zu den "Sekundärgruppen politischer Sozialisation"	67
Y Zusammensetzung der ÖVP-Fraktion und der bündischen Arbeitsgemeinschaften des Nationalrats nach der Herkunft aus den "Sekundärgruppen politischer Sozialisation"	69
Z 1 Zusammensetzung der ÖVP-Fraktionen der Bundesregierung nach der Herkunft aus den "Sekundärgruppen politischer Sozialisation" seit 1945	78
Z 2 Zusammensetzung des Parteiapparats der ÖVP nach der Herkunft aus den "Sekundärgruppen politischer Sozialisation"	79
Z 3 Anteil der Akademiker im österreichischen Nationalrat seit 1945	83

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen

A	Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund
AAB	Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund
A. B.	Augsburger Bekenntnis
AKV	Arbeitsgemeinschaft katholischer Verbände
Arb.	Arbeiter
B	Österreichischer Bauernbund
BB	Österreichischer Bauernbund
BPL	Bundesparteileitung
BT	Bundestag
CV	Österreichischer Cartellverband
ev	evangelisch
ev. A. B.	evangelisch Augsburger Bekenntnis
ev. H. B.	evangelisch Helvetisches Bekenntnis
F	Freiheitliche Partei Österreichs
FP	Freiheitliche Partei Österreichs
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
GS	Generalsekretär
H. B.	Helvetisches Bekenntnis
K	Katholiken
KA	Katholische Aktion
kath.	katholisch
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KP	Kommunistische Partei Österreichs
KV	Österreichischer Kartellverband
Kz	Kanzler
LFW	Land- und Forstwirtschaft
Lib.	Liberale
M	Minister
MKV	Mittelschüler-Kartell-Verband
Nat	Nationale
NL	Neuland
NSDAP	Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei
ÖAAB	Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund
ÖBB	Österreichischer Bauernbund
ÖCV	Österreichischer Cartellverband (CV)
ÖD	Öffentlicher Dienst
ÖFB	Österreichische Frauenbewegung
ÖGW	Österreichischer Gewerkschaftsbund
ÖJB	Österreichische Jugendbewegung
ÖIV	Österreichische Industriellenvereinigung
ÖKV	Österreichischer Kartellverband (KV)
ÖVP	Österreichische Volkspartei
ÖWB	Österreichischer Wirtschaftsbund
PA	Privatangestellte
RB	Reichsbund

S	sozialistisch
So	Sonstige
SP	Sozialistische Partei
SP	Sozialistische Partei Österreichs
St	Staatssekretär
V	Vizekanzler
VdU	Verband der Unabhängigen
VP	Volkspartei
W	Österreichischer Wirtschaftsbund
WB	Österreichischer Wirtschaftsbund
WdU	Wahlverband der Unabhängigen

Die Abkürzungen für die Ressorts der Bundesregierung, die Ausschüsse des Nationalrats und die Bundesländer sind bei den einzelnen Tabellen erklärt.

INTERESSEN-GEGENSÄTZE UND GRUPPENBILDUNGEN INNERHALB DER ÖSTERREICHISCHEN VOLKSPARTEI

von Alfred Stirnemann

FRAGESTELLUNG

Seit ihrer Gründung im Jahre 1945 ist die Österreichische Volkspartei (ÖVP) die mandatsstärkste Partei und - mit Ausnahme der Wahlen von 1953 und 1959 - auch die stimmstärkste Partei der Republik Österreich. Seither trägt sie ständig Regierungsverantwortung und stellt ununterbrochen den Bundeskanzler. In den Wahlen von 1945 und 1966 erreichte sie sogar die absolute Mehrheit der Nationalratsmandate.¹⁾ Seit 1966 bildet die ÖVP allein die Bundesregierung.

Wie ist dieses Phänomen der außerordentlich langen, bisher 25jährigen Dauer der ÖVP-Regierung in Österreich zu erklären ?

Besonderes Relief erhält diese Fragestellung noch, wenn man bedenkt, daß eine Reihe von Faktoren diese Kontinuität umso erstaunlicher erscheinen lassen: es sind dies die geringe und unvollständige Organisation der Partei, die sehr große soziale und ideologische Heterogenität der die Partei bildenden Gruppen.

Tabelle A. Stärke der ÖVP-Fraktionen im Nationalrat im Vergleich zu den anderen Fraktionen seit 1945

NR-Wahlen	ÖVP	SPÖ	VdU FPÖ	KPÖ
25. Nov. 1945	[85]	76	-	4
9. Okt. 1949	77	67	16 ^{x)}	5
22. Feb. 1953	74	73	14 ^{x)}	4
13. Mai 1956	82	74	6 ^{x)}	3
10. Mai 1959	79	78	8 ^{xxx)}	-
18. Nov. 1962	81	76	8 ^{xxx)}	-
6. März 1966	[85]	74	6 ^{xxx)}	-

☐ absolute Mehrheit x) VdU xxx) FPÖ

1) Vgl. Tabelle A und Tabelle D.

1945 als Vereinigung dreier verschiedener sozialer Gruppen, des Österreichischen Wirtschaftsbundes (ÖWB), des Österreichischen Bauernbundes (ÖBB) und des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes (ÖAAB) gegründet,²⁾ hat die Partei diese Gründungssituation noch heute in ihrer Struktur erhalten. Das einzelne Mitglied wird im Normalfall eben Mitglied eines der drei Bünde und dadurch erst indirekt Parteimitglied. Die ideologische Heterogenität hat im Verzicht auf die Bezeichnung "christlich" ihren sichtbaren Ausdruck gefunden. 1945 wurde bei der Neugründung diese Tradition der Vorgängerin der ÖVP, der Christlich-sozialen Partei, nicht mehr fortgesetzt. Der kulturpolitische Standpunkt ist, zum Unterschied von der kulturkämpferischen Situation der ersten Republik nicht mehr das vorherrschende Kennzeichen. So wie in sozialer Hinsicht zum Unterschied von der Christlich-sozialen Partei die Schichte der Arbeiter und Angestellten eine größere Rolle spielt, hat sich die Partei ideologisch auch liberalen und nationalen Kreisen geöffnet und damit einen bedeutenden Teil des ehemals deutsch-nationalen Lagers und insbesondere auch der nationalen Bauernschaft, die früher besonders im "Landbund" gesammelt war, an sich gezogen. Ideologisch könnte man die ÖVP heute als eine personelle Vereinigung von konservativen und progressiven Katholiken und Protestanten, von Wirtschaftsliberalen und von Nationalen bezeichnen. Die Organisation der ÖVP und ihrer Bünde muß unterhalb der Bezirksebene als sehr mangelhaft bezeichnet werden. Ihre Mitgliederzahlen sind freilich im Vergleich zu den christlich-demokratischen Parteien anderer europäischer Länder außerordentlich hoch.³⁾

-
- 2) "Uns war auch klar, daß die neue Partei in einer möglichst Geschlossenheit organisiert werden müsse; vor allem, um gegenüber den Parteien aus dem marxistischen Lager nicht in den Hintergrund zu kommen. Wir bedachten aber auch, daß es bei der Vielfalt der verschiedenen Berufsgruppen nicht richtig sei, Mitglieder der neuen Partei einfach mechanisch aneinanderzureihen und zusammenzufassen. Wir entschlossen uns daher, bei nachdrücklichstem Festhalten an der Einheit der Partei, die Mitglieder innerhalb der Partei doch auch in den vorhandenen Berufsgruppen zusammenzufassen. So wurden in der Partei bündisch erfaßt: die Arbeiter- und Angestelltenschaft, weiters die Bauernschaft, die in Österreich stets eine staaterhaltende Kraft darstellte und schließlich auch die Gewerbetreibenden aus den verschiedenen Sparten, wie vor allem Gewerbe, Handel und Industrie". aus Felix Hurdes, "Rückblick und Rechenschaft," Protokoll des Bundesparteitages der ÖVP 1965, S 23 ff, Österreichischer Verlag, Wien 1965.
- 3) Nach Hans Apel, "Der deutsche Parlamentarismus," Reinbek bei Hamburg 1968, gibt eine Gesamtmitgliedschaft aller politischen Parteien in Deutschland von ca. 1,2 Mill., d. s. etwa 3 % der erwachsenen Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, an. Dagegen gehören allein der ÖVP 24 % der berufstätigen Bevölkerung Österreichs an (vgl. Tabelle E).

Tabelle B. Mitgliederzahlen der ÖVP, der Bünde, der Bewegungen
seit 1945 und Vergleich mit den Mitgliedszahlen der SPÖ

	AAB	WB	BB	VP (nur Bünde)	SP ⁺)
1945					357.818
1947 x)	128.000	77.000	435.000	640.000	570.768
1949					
1953					657.042
1956					
1957					
1959 xx)	200.000	100.000	450.000	750.000	710.378
1960 xxx)	205.000	140.000	410.365	755.365	727.265
1962(30. 6.) o)	220.787		413.154	773.941	698.705
1965 o) (8. 4.)	223.730	140.926	414.860	779.516	
1965 oo)	255.743	146.777	444.282	846.802	707.972
1966 ooo) (1. 5.)	246.956	134.286	403.907	785.149	702.338
1967 ooo) (1. 5.)	263.054	146.089	408.959	818.102	702.192
1968 ooo) (1. 5.)	265.573	146.009	406.933	818.515	702.926
1968 ooo)		84.353		756.859	

x) Bericht zum ersten Bundesparteitag der ÖVP, 1. April 1947

xx) Burghard in "Berichte und Informationen", 1960

xxx) W. Oberleitner, op. cit.

o) Bericht für den 10. Bundestag des ÖAAB (30. 6. 1965)

oo) Bericht für den Klagenfurter Bundesparteitag, 1965

ooo) BPL (Bundesorganisationsreferat)

+) SPÖ, Bericht an den Parteitag, 2. -4. 10. 1968, Wien o. J.

ø Fischer Almanach 1965, S. 112

øøø) Mitteilung des Generalsekretariats des ÖWB, vgl. S. 27, Fussnote 37.

Die Aufspaltung der Partei in drei Bünde, die gelegentlich ein sehr starkes Eigenleben führen, ein Schattendasein der beiden "Bewegungen" der Partei, der "Österreichischen Frauenbewegung" (ÖFB) und der "Österreichischen Jugendbewegung" (ÖJB), und die Randexistenz der fünf Zweckorganisationen der Partei,⁴⁾ von denen die meisten fast überhaupt keine Aktivität mehr entwickeln, runden das Bild ab.

Trotz dieser Nachteile, welche für die Arbeit einer Partei bei Wahlen und in der Regierungstätigkeit eine Effizienzminderung bedeuten, liegen doch in der Struktur der Österreichischen Volkspartei die Gründe für den nachhaltigen Erfolg dieser Partei. Die ÖVP ist eine soziale Integrationspartei, eine Volkspartei, die fast alle Schichten der Bevölkerung umfaßt und diese Tatsache auch ideologisch betont, indem sie sich für alle Schichten der Bevölkerung offen erklärt, den innerparteilichen Kompromiß anerkennt und dafür ausdrücklich besondere Mechanismen entwickelt hat. Sie erreicht dadurch parteiintern eine Interessenaggregation, welche auch für eine große Wählerzahl anziehend wirkt. Die SPÖ ist dagegen sozial wesentlich homogener, obwohl auch in ihr die Tendenz deutlicher wird, sich aus einer vorwiegenden Arbeiterpartei zu einer Volkspartei zu entwickeln. Die Phraseologie von der Klassenpartei, an der aber in der SPÖ wegen ihres Symbolgehaltes festgehalten wird, behindert diese Entwicklung, entfremdet zudem ein nicht unbedeutendes Wählerpotential der SPÖ und hat auch bis in die Gegenwart verhindert, daß ähnliche Mechanismen des Interessenausgleichs, wie sie in der ÖVP bestehen, sich entwickeln. Hinter der SPÖ steht auch nur eine einzige der großen Interessenvertretungen, der Österreichische Gewerkschaftsbund und die von ihm vollkommen dominierten Arbeiterkammern, während in das Einflußgebiet der ÖVP fast alle anderen großen Interessenvertretungen und Kammern gehören..

Die ÖVP ist weiters eine ideologisch pluralistische Partei. In ihr treten die in der ersten Republik so wichtigen konfessionellen Forderungen der katholischen Kirche bezüglich Konkordat, Eherecht und Schulfragen sehr

⁴⁾ Die Namen der 5 Zweckorganisationen sind: Österr. Akademikerbund, Österr. Kinderrettungswerk, Österr. Wohlfahrtsdienst und Österr. Freiheitskämpfer und Kameradschaft der politisch Verfolgten.

in den Hintergrund, obwohl der kirchliche Einfluß auf die Kulturpolitik der ÖVP nach wie vor bedeutend ist.⁵⁾ Während in den "programmatischen Leitsätzen" der ÖVP von 1945 noch 12 % der Aussagen sich mit konfessionellen Forderungen beschäftigten,⁶⁾ was gegenüber der Zwischenkriegszeit ein sehr geringer Anteil ist, enthält das Programm 1965, das "Klagenfurter Manifest," überhaupt keine einzige dieser Forderungen mehr.⁷⁾ Dagegen wird das wegen seines Symbolgehaltes festgehaltene Bekenntnis zum Christentum sogar verstärkt.⁸⁾

Zahlenmäßig ausgeglichen sind auch die programmatischen Forderungen, welche eine Wirtschafts- und Sozialpolitik im Sinne des freien Wettbewerbs und solche, welche Wirtschafts- und Sozialpolitik im Sinne von Staatsintervention fordern.⁹⁾

Als gemeinsame Basis der ÖVP-Programmatik kann das Bekenntnis zu christlichen Grundsätzen, zum Staate Österreich, zur Demokratie als Regierungsform und Form der politischen Auseinandersetzung und zur Solidarität aller Bevölkerungsschichten angesehen werden.¹⁰⁾

Die Parteiideologie der SPÖ hingegen ist, wie schon der Name sagt, durch eine wesentlich größere Homogenität ausgezeichnet. Trotz vieler Weiterentwicklungen und der Tendenz zu größerer Heterogenität ist das Programm im Grunde ein - mit Einschränkungen - marxistisches und wird von den meisten ihrer Vertreter als Interpretation marxistischer Gedankengänge verstanden.

5) So hatte die ÖVP bis 1964 keine eigenen Vorstellungen zur Schulpolitik entwickelt.

6) Siehe Tabelle C, die Prozentzahlen wurden entnommen aus Alfred Stirnemann, *Ideologie und Partei*, zum Problem quantitativer Untersuchungen von Parteiideologien unter besonderer Berücksichtigung der Parteiprogramme der ÖVP, Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung, Wien 1969.

7) Vgl. Tabelle C

8) Vgl. Tabelle C. Im Programm von 1945 ist 1 % der Aussagen dem Bekenntnis zum Christentum gewidmet, im Parteiprogramm 1952 sind dies 4 %, 1958 8 % und 1965 4 %. Vgl. A. Stirnemann, op. cit.

9) Äußerungen im Sinne der Wettbewerbspolitik sind im Parteiprogramm 1945 10 %, im Sinne von Sozialpolitik 6 %, die entsprechenden Zahlen für die Programme 1952 sind 23 % und 11 %, für 1958 21 % und 21 % und für 1965 13 % und 6 %. Vgl. A. Stirnemann, op. cit.

10) Im Klagenfurter Manifest von 1965 heißt es: "Die ÖVP ist österreichisch, solidarisch, christlich und demokratisch in jenem weltoffenen Sinn, der zum Gemeinsamen verbindet, anstatt in Gegnerschaft zu entzweien."

Tabelle C. Übersicht über die quantitativen Änderungen der
Programmatik der ÖVP
in Prozenten

Häufigkeit der Feststellungen in den Programmen von	1945 ¹⁾	1952 ²⁾	1958 ³⁾	1965 ⁴⁾
Demokratie	6	7	4	5
anti-nationalsozialistisch	4	-	-	-
Rechtsstaat	6	1	-	3
Freiheit	11	14	13	14
Föderalismus-Autonomie	3	2	1	3
anti-parlamentarisch	-	-	1	-
anti-Diktatur	-	5	-	-
Demokratie-Freiheit- Rechtsstaat	30	29	19	25
Wirtschafts- u. Sozialpolitik im Sinne von Wettbewerb	10	23	21	13
Wirtschafts- u. Sozialpolitik im Sinne von Staatsintervent	6	11	21	6
Wirtschafts-Partnerschaft und soziale Harmonie	-	-	5	6
Ständestaatl. -organisch- ganzheitlich	-	-	-	5
"Bauernstand"-Ideologie	4	4	4	1
Wirtschafts- und Sozial- politik insgesamt	20	38	51	31
Österreich	20	10	5	13
Europa	-	1	8	1
Weltfrieden	4	2	2	3
christl., christl. -abendld.	1	4	8	6
christl. Soziallehre und Sozialpolitik	11	17	-	9
Familienpolitik	-	-	8	7
Konfess. Forderungen	12	2	3	-
Christentum	25	23	19	22

1) Die programmatischen Leitsätze der Österr. Volkspartei 1945

2) "Alles für Österreich", programmatische Grundsätze der ÖVP 1952

3) "Was wir wollen", das Grundsatzprogramm der Österr. Volkspartei 1958

4) Klagenfurter Manifest 1965

Quelle: A. Stirnemann, Zum Problem quantitativer Untersuchungen von Parteiideologien unter besonderer Berücksichtigungen der Partei-Programme der ÖVP, Wien 1969.

Die ÖVP ist trotz der im Vergleich zu ähnlichen Parteien in Europa und auch im Vergleich zur SPÖ hohen Mitgliederzahlen¹¹⁾ eine Wählerpartei. Das bedeutet, daß sich die Partei bei Wahlen, aber auch bei den Regierungsentscheidungen zwischen den Wahlen mehr auf den politischen Willen und die politischen Erwartungen der Wähler als auf die des Mitglieds ausrichtet. Die ÖVP ist also wohl nicht zahlenmäßig, aber haltungsmäßig als Wählerpartei anzusprechen. Dies ist für die Partei ein entscheidender Wahlvorteil.

Tabelle D. Verhältnis der Parteimitglieder zu den Wählern,
mit Vergleich zur SPÖ.

	VP-Mitgl. (nur bündische)	VP-Wähler % der gültigen Stimmen	%-Anteil der Mitgl. an der Wählerschaft	SP-Mitgl.	SP-Wähler % der gültigen Stimmen	%-Anteil d. Mitgl. an der Wählerschaft
1945		1, 602. 227 49, 8		357. 818	1, 434. 898 44, 6	40
1949	640. 000 x)	1, 846. 581 44, 0	34, 6	607. 283 (1950)	1, 623. 524 38, 7	26, 7
1953		1, 781. 777 41, 3		657. 042	1, 818. 517 42, 1	27, 5
1956		1, 999. 986 45, 96		691. 150 (1955)	1, 873. 295 43, 0	27
1959	755. 365 xx)	1, 928. 043 44, 2	39, 4	710. 378	1, 953. 935 44, 8	27, 5
1962	773. 941	2, 024. 501 45, 4	38, 0	698. 705	1, 960. 685 44, 0	28
1966	785. 149	2, 191. 109 48, 4	36, 0	702. 192	1, 928. 985 42, 6	36, 5

x) 1947

xx) 1960

Diese Tendenz kommt aus der Gründungsgeschichte der ÖVP, in ihrer Entstehung als Sammelbecken aller "Nichtmarxisten",²⁾ als Partei, der alle nahestehen, welche nicht bereits in einer der anderen damals bestehenden und auf eine marxistische Theorie zurückgehenden Parteien engagiert sind.

¹¹⁾ siehe Fußnote 2

Auch die große Übereinstimmung der Stichprobe der ÖVP-Engagierten mit jener der parteipolitisch nicht Engagierten in den Antworten bei repräsentativen Meinungsumfragen ¹²⁾ ist ein Hinweis auf den behaupteten Charakter der ÖVP als Wählerpartei. Die SPÖ hingegen ist in Anbetracht sowohl des zahlenmäßigen als auch einflußmäßigen Verhältnisses zwischen Mitgliedern und Wählern als Mitgliederpartei zu bezeichnen. ¹³⁾ Als einer der wesentlichsten Punkte der innerparteilichen Kritik nach der letzten Wahniederlage der SPÖ bei den Nationalratswahlen 1966 war die Tatsache, daß die Wahlpropaganda der Sozialistischen Partei sich hauptsächlich an die Mitglieder richtete und der Mentalität und den Interessen dieser Mitglieder angepaßt war, aber auf die nicht engagierten Wähler zu wenig Rücksicht nahm.

Für die weiteren Erläuterungen ist es nun von besonderer Wichtigkeit, genau festzuhalten, was unter "Partei", "Interessengegensatz", "Fraktionen" und "Tendenzen" verstanden werden soll.

Wenn im folgenden von Partei gesprochen wird, so ist in erster Linie in der Nomenklatur von Rose ¹⁴⁾ von party qua government, teilweise auch von party qua organization, aber nicht von party qua electoral institution die Rede. "In terms of shaping public policy, the party qua government is much more significant than, and significantly different from, an electoral party." ¹⁵⁾

Unter Interessengegensätzen werden alle für das politische Leben wesentlichen Meinungsverschiedenheiten, Spannungen und Auseinandersetzungen verstanden, welche innerhalb einer Partei wirksam werden. Sie finden ihren Ausdruck in jeder (institutionalisierten oder nicht institutionalisierten) Gruppenbildung innerhalb oder im "Vorfeld" der Partei, welche ein politisches Interesse artikuliert mit dem Ziel politischer Verwirklichung. Ausdrücklich auszunehmen sind davon Augenblickskoalitionen und Ad-hoc Kombinationen.

12) Vgl. die Untersuchungen über "Das Nationalbewußtsein der Österreicher" in "Die Meinung", Heft 1 und 2/3, Frühjahr und Herbst 1965, durchgeführt durch die sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft und "Es geschah in Österreich" von Karl Blecha, in "Die Öffentlichkeit und der Fall B." (IFES).

13) Nach K.H. Naßmacher, Das österreichische Regierungssystem, Köln-Opladen, 1968, S. 57 sind 35 % der Wähler der ÖVP und 37 % der SPÖ-Wähler Mitglieder ihrer respektiven Parteien, nach meiner Berechnung (vgl. Tabelle D) sind dies 36,0 % bzw. 36,5 %.

14) Richard Rose, Parties, fractions and tendencies in Britain, in "Political Studies", vol. 12, February 1964.

15) R. Rose, op. cit. S. 191

Diese Gruppenbildung wird innerparteiliche Fraktion genannt, wenn es sich um Gruppen von Individuen handelt, die auf Grund parlamentarischer Repräsentation ein breites Spektrum von politischen Forderungen durch bewußt organisiertes Handeln verwirklichen will. Kennzeichnend für eine innerparteiliche Fraktion ist das Bewußtsein, eine eigene Gruppe zu bilden mit den sich daraus ergebenden Folgen einer besonderen Disziplin, Kohäsion und Organisation. Derartige Fraktionen haben die Tendenz, sich auch auf Probleme zu beziehen, welche im Augenblick der Fraktionsbildung noch nicht aktuell waren oder auch logisch nicht aus dem Fraktionsprogramm abgeleitet werden können. Alte Freundschaften und Feindschaften werden so auf neue Problemstellungen bezogen.

Richard Rose unterscheidet die politische Tendenz noch ausdrücklich von den innerparteilichen Fraktionen als eine stabile Gesamtheit von Haltungen auf Grund mehr oder weniger kohärenter ideologischer Überzeugung, die sich oft auf einer links-rechts-Achse darstellen ließe. Diese Tendenzen haben eine Stabilität der personellen Zusammensetzung, aber oft in verschiedenen politischen Fragen eine wechselnde Zusammensetzung. Sie sind nicht so klar im Bewußtsein der einer Tendenz Angehörigen wie im Falle einer Fraktion, ihnen fehlt auch die organisatorische Geschlossenheit einer Fraktion.

Auf Österreich übertragen wären als innerparteiliche Fraktionen am ehesten die Bünde der ÖVP bzw. die parlamentarischen Arbeitsgemeinschaften des ÖVP-Klubs zu bezeichnen.¹⁶⁾ Die Merkmale der straffen Organisation, der Mitgliedschaft jedes einzelnen Parlamentariers zu je einer der Arbeitsgemeinschaften mit dem damit verbundenen Bewußtsein der Zugehörigkeit, der Notwendigkeit der Gruppendisziplin und der Gruppenkohäsion sind hier gegeben. Eine ähnliche Erscheinung der Fraktionsbildung, wenn auch weniger stabil strukturiert, ist die politische Herkunft eines Mandatars aus einem bestimmten Bundesland, mit der damit gegebenen Ausrichtung auf die Regional- und Lokalinteressen. Diese Art der Fraktionsbildung findet ihren Kristallisationskern in der jeweiligen Landespartei der einzelnen Bundesländer.

16) Es sind dies: der Agrarklub, der Wirtschaftsbundklub und der ÖAAB-Klub. Innerhalb des Abgeordnetenklubs der SPÖ gibt es gelegentlich Fraktionssitzungen der sozialistischen Gewerkschafter, also eine ähnliche Erscheinung.

Den Tendenzen im Sinne Rose's entsprechen in Österreich am ehesten jene politischen Gruppierungen, welche nicht mit sozialen, wirtschaftlichen, föderalistischen oder lokalen Interessen zusammenhängen. Es sind dies vor allem die historischen "ideologischen" Probleme, wie das Verhältnis zu Christentum und katholischer Kirche, zur österreichischen Nation und zum Deutschtum, außenpolitische Standpunkte und gewisse progressive bzw. konservative oder reaktionäre Standpunkte. In diesen Fragen gehen die Linien quer durch die wirtschafts- und sozialpolitischen Fraktionen, wenn auch die Herkunft aus einer bestimmten sozialen Gruppe oder aus einem bestimmten Bundesland sehr oft mit bestimmten Stellungen in den sogenannten Tendenzfragen sehr hoch korreliert.¹⁷⁾

Als besondere Eigenheiten der österreichischen politischen Kultur müßte noch die relativ starke Geschlossenheit der historischen "politischen Lager"¹⁸⁾ genannt werden, welche eine Zusammenarbeit einzelner Flügel der Partei mit anderen Parteien bzw. mit gewissen Flügeln anderer Parteien nicht in dem Maß gestattet, wie dies etwa in angelsächsischen Ländern möglich und üblich ist.

Eine weitere österreichische Eigenheit besteht darin, daß die Fraktionen und Tendenzen im allgemeinen nicht nur auf das Parlament und die anderen legislativen Körperschaften beschränkt sind, sondern daß diese Fraktionen das gesamte politische und gesellschaftliche Leben dominieren und dazu führen, daß ein sehr großer Teil der gesamten politisch engagierten Bevölkerung an jener Fraktions- und Tendenzenbildung teilnimmt. In diesem System gibt es keine Dominanz des Parlaments im amerikanischen Sinn; die entscheidende innerparteiliche Meinungsbildung fällt weder im Parlamentsklub der ÖVP noch in den einzelnen bündischen Arbeitsgemeinschaften, sondern in zahlreichen außerparlamentarischen Gremien. Dieser Umstand macht es nötig, mehr auf die gesamte Einflußstruktur der Partei und der durch und auf die Partei wirkenden Interessenvertretungen Rücksicht zu nehmen und darüber hinaus auch jenen Bereich in die Betrachtung einzubeziehen, welcher in Österreich das "politische Vorfeld" einer Partei genannt wird.

17) siehe Seite 74

18) vgl. Adam Wandruszka, "Österreichs politische Struktur, Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen" in H. Benedikt, Geschichte der Republik Österreich, S.291, 1964

Das Vorfeld besteht aus einer Vielzahl von Organisationen, welche, ohne formell Parteiorganisationen zu sein, oder auch nur ohne primär politische oder parteipolitische Zwecke zu verfolgen, die Politik der Partei mitbestimmen und umgekehrt von ihr beeinflusst werden. Allerdings ist dieser Einfluß der Partei auf das Vorfeld in der Regel und besonders im Fall der ÖVP, ein geringerer, dagegen der Einfluß in umgekehrter Richtung sehr stark. In diesem Sinn müssen hier als wichtigste Organisationen im Vorfeld der ÖVP die Katholische Kirche und die Protestantische Kirche sowie die zahlreichen katholischen Organisationen gelten.

Der Einfachheit halber wird in der Folge der Untersuchung zwischen (der wirtschafts- und sozialpolitischen) Fraktion und der (ideologischen) Tendenz unterschieden; aus den oben gegebenen Definitionen folgt natürlich, daß sich diese beiden Erscheinungen überschneiden.

Den Gruppierungen innerhalb der ÖVP-Parlamentsfraktion entsprechen, wie schon oben festgestellt, festgefügte und einflußreiche Organisationen, die in der Gesamtgesellschaft wirken. Von dieser gesellschaftlichen Tätigkeit geht ein Einfluß aus, welcher jenen Einfluß, der von der Zugehörigkeit zum Parlament abgeleitet wird, weit übersteigt. Dieser Einfluß findet einen sehr wesentlichen Ausdruck in der Kandidatenselektion. Die Untersuchung der Parlamentsstruktur wird damit besonders interessant, weil sie ein mehr oder weniger getreues Spiegelbild der in der Gesellschaft wirkenden politischen Kräfte darstellt.

Schließlich müssen als weitere Specifica der politischen Kultur Österreichs eine Bevorzugung der Technik des Kompromisses durch Verhandlungen vor dem Durchsetzen einer bestimmten profilierten politischen Lösung und das fast völlige Fehlen der Entscheidungsfindung durch Augenblickskoalitionen genannt werden.

Tabelle E. Vergleich zwischen den Mitgliedszahlen der Partei,
den erreichten Wahlstimmen und der sozialen
Zusammensetzung der Bevölkerung
Stand 1968

Selbst. Berufstätige + mith. Familienang.	982.878	50 %	491.286	WB + BB
Selbst. Berufstätige	533.261	50	266.732	
Mithelf. Familienang.	449.617	50	224.555	
Selbst. + Familienang. LFW	646.446	63	406.933	BB
Selbst. Familienang.	278.465	73	203.467 ^{x)}	BB, Stammitglieder BB, Familienmitgl.
	367.981	55	203.467 ^{x)}	
Selbst. + Familienang. GIH	336.432	25	84.353	WB
Selbst. Familienang.	254.796	25	63.265 ^{x)}	WB, ordentl. Mitgl. WB, Familienmitgl.
	81.636	26	21.088 ^{x)}	
Unselbst. Berufstätige	2,386.937	11	265.573	AAB(dar. 16.303 Pensionisten)
Angestellte, Beamte	872.218	16	142.661	AAB(ÖD+PA) (dar. 10.367 Pens.)
Öffentlicher Dienst	177.424	57	101.124	AAB/ÖD (dar. 7.768 Pens.)
So. Angestellte	634.794	6,5	41.537	AAB/PA (dar. 2.599 Pens.)
Arbeiter	1,371.384	5,4	74.117	AAB/Arb. (dar. 5.452 Pens.)
Land- u. Forstwirtschaft	99.942	11	11.024	AAB/LFW Arb.
So. Arbeiter	1,281.442	4,9	63.093	AAB/So. Arb. (mit 5.452 Pens.)
Wahlberechtigte (1962)	4,805.351	17	818.515	ÖVP-Mitglieder
=====			=====	
Wahlberechtigte (1962)	4,805.351	45,5	2,191.109	ÖVP-Wähler (1962)
=====			=====	

x) geschätzt

Quelle: Volkszählungsergebnisse vom 21.3.1961-Heft 14, 15
"Die Berufstätigen nach der beruflichen Zugehörigkeit"
Wien 1964, bearbeitet u. herausgegeben vom Österr. Statist.
Zentralamt
Parteimitgliedszahlen: Tabellen B und E bzw. ÖAAB-BT-Bericht
(30.6.65)
Der zeitliche Unterschied 1961-68 wurde vernachlässigt, da
Stichproben nur geringfügige Änderungen erwiesen.

Ein Katalog der einzelnen Interessengegensätze und Gruppenbildungen innerhalb der ÖVP könnte folgenden Aufbau haben:

A) Bündische Interessengegensätze

1. Die Bünde ÖAAB-ÖWB-ÖBB (Hauptinteressen der einzelnen Bünde, Kontroversfragen und Einflußbereich der Bünde)
2. Wer kommt in der ÖVP heute zu kurz ? (Die Frage nach den Nichtetablierten)
3. Die Meinungsbildung innerhalb der Bünde
4. Auseinandersetzung zwischen den Bünden in der Partei
5. Was hält die Partei und die Bünde zusammen ?
6. Wo ist die Partei mehr als die Summe der Bünde ?

B) Föderalismen und Regionalismen

C) Nichtbündische Interessengegensätze (im Sinne von politischen Tendenzen)

1. Kirche und Katholiken, "politische" Katholiken und "kirchliche" Katholiken
2. Andere Konfessionen
3. Die Nationalen und Liberalen
4. Progressive (Innovation) und Konservative (Tradition)
5. Stellung zu Österreich, zur Neutralität, zu Europa, zum Osten
6. Die "Sekundärgruppen der politischen Sozialisation".
7. Stellung in der Parteihierarchie
8. Akademiker und Nichtakademiker
9. Ethnische Minderheiten

Der Untersuchung der innerparteilichen Gruppenbildungen und Interessengegensätze in der österreichischen Politik stellen sich erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Es gibt wenig veröffentlichtes Primärmaterial. Dies ist nicht nur mit dem Mißtrauen, dem politischen Gegner Informationen zukommen zu lassen, zu begründen, sondern mit einer Eigenheit, welche die ÖVP mit dem gesamten früheren "christlich-sozialen Lager" gemeinsam hat. Die ÖVP publiziert wenig, der Sinn für historische Dokumentation und für die Reflexion über ihre eigene politische Programmatik und soziale Zusammensetzung ist nur sehr schwach entwickelt.

Außerdem tritt im Falle der ÖVP die Untersuchung der Struktur und der Aktivität der Partei zurück zugunsten dem Studium der Regierungs- und Parlamentstätigkeit. Dies entspricht einem tatsächlichen Vernachlässigen der reinen Parteitätigkeit wegen der Tätigkeit der Parteiführer in der Regierung und einer weitgehenden Identifikation von Regierung und ÖVP.

Eine weitere Schwierigkeit folgt aus der Tatsache, daß die parlamentarischen Ausschüsse und Unterausschüsse nicht öffentlich arbeiten und daß es in der parlamentarischen Arbeit meist keine namentliche Abstimmung (roll-calls), sondern bloß ein Abstimmen durch Erheben von den Sitzen gibt, wobei in den stenographischen Protokollen des Nationalrates nur die Annahme oder Ablehnung des Antrages dokumentiert erscheint.

Für die Untersuchung der Interessengegensätze und Gruppenbildungen muß folgende Vorgangsweise gewählt werden :

Zuerst soll anhand systematischer Überlegungen und durch teilnehmende Beobachtung (participant observation) und durch die durch ausführliche Interviews einiger ausgewählter Insider gewonnenen Erfahrungen ein Katalog der Interessengegensätze und Gruppenbildungen aufgestellt werden.

Darauf sind die einzelnen Gruppenbildungen und Interessengegensätze zu beschreiben. Diese Beschreibung ihrer Vertreter, ihrer Interessen, Handlungsweisen einzelner Aktionen soll die Regelmäßigkeiten der Interessenartikulation der einzelnen Gegensätze und Gruppen aufzeigen.

Eine nächste Stufe ist es, Zahlenmaterial, welches die beschriebenen Tatsachen belegen kann, zu suchen. Dazu gehören: Mitgliederzahlen, Gruppenzugehörigkeit der einzelnen Funktionäre, Zahlen, die den relativen Einfluß der verschiedenen Gruppen belegen können, wie Beteiligung an der Exekutive und an einzelnen Legislativen; dies ist vor allem auf Grund der spärlichen Dokumentation über die Partei und ihre Organisationen sowie besonders aus Zeitungen und Zeitschriften zu erheben. Ein großer Teil der Informationen muß aber aus den Participant observations zahlreicher Informationspersonen stammen. Hier ist es eine besondere Schwierigkeit, daß die Zugehörigkeit zu den sogenannten Sekundärgruppen der politischen Sozialisation, d.h. jenen Gruppen, in

welchen der Eintritt in das politische Leben stattfindet, wie dies vor allem Studentenorganisationen oder andere Gruppierungen weltanschaulich-politischer Relevanz sind, nicht öffentlich bekanntgegeben wird.

Schliesslich muss der Mechanismus des Interessenausgleichs, der Auseinandersetzung der einzelnen Gruppeninteressen beschrieben werden, wie sie in der Rekrutierung, in der Einflussaufteilung, in der Verteilung von Posten und Committee assignments im Parlament zutage treten. Dadurch erhält man eine Beschreibung der wesentlichen Regeln der Interessenaggregation der Partei.

Die Bünde der ÖVP

Die wichtigsten Gruppen innerhalb der ÖVP sind zweifellos die Bünde, die Gegensätze zwischen diesen drei Bündeln sind die wesentlichsten Auseinandersetzungen innerhalb der Partei. Es soll zunächst jeder Bund einzeln beschrieben werden.

Diese Beschreibung beginnt mit der Feststellung jener Fragen, die den Lebensnerv eines Bundes berühren.

Darauf werden die Fragen beschrieben, welche zwischen den einzelnen Bündeln kontrovers sind und in der Regel zu Auseinandersetzungen führen. Bei den jeweils zuerst genannten Lebensinteressen kann der Bund damit rechnen, weitgehend die Unterstützung der Gesamtpartei für sich wirken zu lassen. In den Kontroversfragen dagegen hängt es jeweils von dem Ergebnis einer Auseinandersetzung zwischen entgegengesetzten politischen Interessen ab, wie weit sich hier der Standpunkt eines der Bünde durchsetzen kann.

Selbstverständlich werden Personalfragen und Fragen über die Verteilung des Einflusses in den verschiedenen Institutionen der Verwaltung und der Gesetzgebung hier nicht eigens angeführt. Damit beschäftigt sich ein dritter Teil, welcher die Verteilung des Einflusses, die sich in den letzten 25 Jahren abgespielt hat, beschreiben soll und feststellen soll; inwieweit Änderungen und Verschiebungen im politischen Einfluss der drei Bünde seit 1945 festzustellen sind.

Der Österreichische Bauernbund

Für den Österreichischen Bauernbund stehen selbstverständlich an erster Stelle Forderungen über die Gestaltung der Agrarpolitik, Fragen der Preisstützungen für die landwirtschaftliche Produktion und der Preisgestaltung der Produktionsmittel sowie Fragen der Zollpolitik. Für die Bauern in einem Gebirgsland wie Österreich

sind auch Fragen der Verbesserung der Infrastruktur von vitalem Interesse. Zunehmende Bedeutung erhält auch das Problem der Höhe und der Verteilung der Fremdenverkehrsförderungsmittel für Bauern, welche neben und gelegentlich sogar statt der land- und forstwirtschaftlichen Produktion Dienstleistungen für den besonders im Westen des Landes stark entwickelten Fremdenverkehr erbringen. Was die Preispolitik betrifft, so steht hier im Vordergrund die Stützung des Preises der Milch und von Milchprodukten durch öffentliche Mittel, bei den Produktionsmitteln besonders die Preisgestaltung für landwirtschaftliche Maschinen und für Treibstoff. In der Zollpolitik¹⁹⁾ sind von ausschlaggebender Bedeutung für die Bauern die Regelung der Importe von Fleisch, besonders von Schweinen und Hühnern, und von Pflanzenfetten. Unter den Infrastrukturfragen sind Verkehrsfragen besonders wichtig, wie die Gestaltung des Bundesbahnverkehrs, Strassenbaufragen, Anlegung von Güterwegen.

Zu den kontroversen Fragen gehören Beamtenforderungen, welche jeweils Forderungen nach Verbesserung des sozialen Status der Bauernschaft auslösen, sowie teilweise die Preisgestaltung landwirtschaftlicher Produkte, vor allem bei Milch und Milchprodukten. Dies sind Punkte, die vor allem zwischen dem ÖBB und dem ÖAAB kontrovers sind, während sich die Tätigkeit der agrarischen Lagergenossenschaften auf dem Sektor des Handels, besonders des Kleinhandels, zu einem Streitpunkt mit dem Österreichischen Wirtschaftsbund entwickelt hat.

Der Österreichische Bauernbund ist jener Bund in der ÖVP mit der grössten Mitgliederzahl. Er zählte 1968 406.933 Mitglieder²⁰⁾,

¹⁹⁾ vgl. L. Greil, 50 Jahre Präsidentenkonferenz der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften, Wien 1959, S. 67 f:
Als die drei Ziele der Zollpolitik der österreichischen Agrarier werden angeführt:

- "1) "Sicherung des gegenwärtigen Preisniveaus der agrarischen Produktion,
- 2) Möglichkeit, Importe von Nahrungsmitteln in einem Ausmass und zu solchen Preisen zu tätigen, dass bei nichtbedarfsdeckender Erzeugung im Inland, das Preisniveau gehalten werden kann.
- 3) Eine Höhe der autonomen Zollsätze, die auch die Möglichkeit bietet, in ihrem Schutz die österreichische landwirtschaftliche Produktion den Erfordernissen eines gemeinsamen europäischen Markts anzupassen."

²⁰⁾ Stand vom 1. Mai 1968 lt. Mitteilung der Bundesparteileitung der Österreichischen Volkspartei.

Tab. F. Einfluss des ÖBB

	1945	1949	1953	1956	1959	1962	1966	1968
Mitglieder (in Tausend)		435			410	413	403	406
Stammmitglieder "								203
Familienmitglieder "								203
Organisationsgrad (%)								63
Regierungsmitglieder	2	2	2	3	2	2	2	1
Staatssekretariate	1	1	1	1	1	1	1	1
Bundeskanzler	Kz	Kz	-	-	-	-	-	-
BM f. Land u. Forstw.	LF	LF	LF	LF	LF	LF	LF	LF
Sonstige BM	-	-	A	A, LV	LV	LV	U	-
Staatssekretäre	I	I	I	A	A	A	I	I
Nationalrat	34	32	29	31	29	28	32	31
1. NR. Präsident	-	-	-	-	Figl	-	-	-
3. NR. Präsident	-	-	-	-	-	W a l l n e r		
Ausschussvorsitzende ⁺⁾	LF, Zoll,							
Stellvertreter ⁺⁾	LF, -		Unterr.,	GO, RH,	Wirtschaftl. Integration			
Schriftführer ⁺⁾	LF, Zoll,		Aussenpol.,	Finanz,	Verkehrs u. Elektrizität			
Absolute Mehrheit ⁺⁾	LF, -,							
Relative Mehrheit ⁺⁾	-, -,		GO, Finanz					
Landeshauptleute	7	6	6	5	5	5	4	4
Landeshauptmann- stellvertreter in soz. reg. Bundesländern	1	1	1	1	1	1	1	1
Landtags-Mandatare in % der VP-Mandate					78 40 %		68 32 %	-
Landwirtschaftskammern								
-stimmen					84 %		83 %	
-mandate					190		196	
-präsidenten	9	9	9	9	9	9	9	

Kz... Kanzler

GO... Geschäftsordnungsausschuss

LF... BMf. Land-u. Forstwirtschaft

RH... Rechnungshofausschuss

I.... BMf. Inneres

A.... BMf. Äusseres

LV... BMf. Landesverteidigung

U.... BMf. Unterricht

⁺⁾ Stand 1968

während er im Jahre 1947 435.000 Mitglieder ²¹⁾ zählte. Dieser rückläufigen Entwicklung der Mitgliedszahlen (1968 minus 6,5 % im Vergleich zu 1947) steht eine allerdings wesentlich stärkere rückläufige Bewegung der Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten gegenüber (allein in der Periode zwischen 1951 und 1961 nahm die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten um 29,1 % ab) ²²⁾. Bei der Betrachtung dieser Mitgliedszahlen muss allerdings in Rechnung gestellt werden, dass schätzungsweise etwa 50 % der Mitglieder des ÖBB sogenannte Familienmitglieder sind, welche meist aus Gründen des innerparteilichen Stärkeverhältnisses an Stimmen zwischen den Bünden zu ermässigten Mitgliedsgebühren sozusagen Mitglieder zweiter Ordnung sind. Dieser hohe Prozentsatz an Familienmitgliedern muss insbesondere bei einem Vergleich der Mitgliedszahlen des ÖAAB in Rechnung gestellt werden, da dort durch die verschiedenartige Familienstruktur der Anteil der Familienmitglieder wesentlich niedriger liegt ²³⁾. Die Bauerschaft ist wohl jene Bevölkerungsgruppe in Österreich, welche am besten organisiert ist; so waren 1947 ²⁴⁾ 90 % der Bauernschaft im Österreichischen Bauernbund organisiert. Bei der Zugrundelegung der Schätzung von 50 % Familienmitgliedern beträgt der Anteil der Mitglieder des ÖBB an den selbständigen Landwirten 1968 73 % ²⁵⁾, bei den Familienmitgliedern 55 %, im Durchschnitt aller in der Landwirtschaft tätigen Selbständigen einschliesslich der Familienangehörigen 63 %. Den gleichen hohen Organisationsgrad zeigen auch die Ergebnisse der Landwirtschaftskammerwahlen. So ergibt die Summe der Ergebnisse aller Landwirtschaftskammerwahlen der einzelnen Bundesländer die Tatsache,

21) Vgl. auch Tabelle B, die Mitgliedszahl aus dem Jahre 1947 stammt aus den Protokollen des 1. Bundesparteitages der ÖVP vom 1. April 1947, vgl. Tabelle B.

22) siehe Volkszählungsergebnisse 1961
Fischer Weltalmanach 1965, Frankfurt/Main 1964, Seite 112.

23) Die Anzahl der Familienmitglieder wurde nach den Angaben des Bundesorganisationsreferates der ÖVP für einige Bundesländer in Vergleichen der Mitgliederstände vom 1. Mai 1966, 1. Mai 1967 und 1. Mai 1968 durchgeführt, daraus ergeben sich die für das gesamte Bundesgebiet geschätzten Prozentzahlen der Familienmitglieder.

24) Jahrbuch der ÖVP 1947, Wien 1947, Seite 73

25) Vgl. Tabelle E

dass 84 % aller abgegebenen Stimmen für den ÖBB abgegeben wurden.²⁶⁾ Dies bedeutet, dass fast die gesamte bäuerliche Wählerschaft der ÖVP bzw. des ÖBB als Mitglieder im Österreichischen Bauernbund erfasst ist. Daraus leitet sich der trotz der rückgehenden Mitgliedszahlen und einer noch stärkeren rückläufigen Bevölkerungsverschiebung zu Ungunsten des Bauernstandes der stabil bleibende Einfluss des ÖBB ab, der heute sowohl im Vergleich zur Mitgliedschaft - und dies noch viel stärker im Vergleich zum Wählerpotential - als stark überrepräsentiert erscheint.

Wenn wir nun im einzelnen die Position des ÖBB im Nationalrat, in der Regierung, in den einzelnen Ausschüssen des Nationalrates und in der Landespolitik beleuchten, so soll damit der bestehende Einfluss beschrieben und Veränderungen seit 1945 gekennzeichnet werden.

Im Österreichischen Nationalrat hat sich der Einfluss des ÖBB seit 1945 nahezu konstant erhalten²⁷⁾. Der Österreichische Bauernbund entsandte 1945 34 von 85 Mitgliedern, 1956 31 von 82, 1959 29 von 79 und 1966 32 von 85 ÖVP-Abgeordneten in den Österreichischen Nationalrat. Eine Verschiebung, wie dies nach der Bevölkerungs- und Mitgliedsentwicklung zu erwarten wäre, ist demnach, so weit es den ÖBB betrifft, in der Verteilung des bündischen Einflusses in der legislativen Körperschaft Österreichs nicht eingetreten.

²⁶⁾ Vgl. Tabelle P; auch die älteren Daten bei W. Oberleitner, Politisches Handbuch der Republik Österreich, 1945-1960, Wien 1960, Seite 61. Danach gewann der ÖBB 190 von insgesamt 226 Mandaten. Die restlichen Mandate verteilten sich: SPÖ 28, FPÖ 7, Slow. Bauernverband 1.

²⁷⁾ Vgl. Tabelle G

Tab. G Bündische Zusammensetzung der ÖVP-Fraktionen
des Nationalrats mit Veränderungen seit 1945

Legislaturperiode	ÖVP	AAB	BB	WB
1945 - 1949 x)	85	33	34	18
1949 - 1953	77	26	32	19
1953 - 1956	74	25	29	20
1956 - 1959 xx)	82	28	31	23
1959 - 1962 xxx)	79	27	29	23
1962 - 1966	81	29	28	24
1966 - 1970	85	32 (2 FB)	32	21

x) Protokoll des ersten Bundesparteitages der ÖVP, Wien 1947

xx) Oberleitner, op. cit.

xxx) Vodopivec, Wer regiert in Österreich?, Wien 1963

Ebenso konstant blieb der Anteil des ÖBB an der Ressortverteilung innerhalb der österreichischen Bundesregierung ²⁸⁾. Seit 1945 stellt der ÖBB zwei Mitglieder der Bundesregierung und einen Staatssekretär mit Ausnahme der Zeit von 1953 - 1959, in der der Österreichische Bauernbund einen dritten Minister stellte. Die Verteilung der Ressorts war folgende ²⁹⁾: Ständig stellte der ÖBB den Minister für Land- und Forstwirtschaft. Der zweite Regierungsposten war von 1945 bis 1953 der des Bundeskanzlers. Mit dem Verlust dieses wichtigsten Kabinetts-posten ist zweifellos eine Schwächung des Einflusses des ÖBB eingetreten. Von 1953 bis 1959 war der zweite Posten der des Aussenministers. Ausserdem gewann 1956 der ÖBB einen weiteren Kabinetts-posten, nämlich das neugeschaffene Ressort für Landesverteidigung, welches Vertreter des ÖBB bis 1964 ständig verwalteten. Von 1964 bis 1969 war das Bundesministerium für Unterricht das zweite Ressort, welches einem Vertreter des ÖBB übertragen war. ³⁰⁾ Der Staatssekretär war von 1945 bis 1956 ein Staatssekretariat im Innenministerium, von 1956 bis 1966 im Aussenministerium und seit 1966 wieder im Innenministerium. Trotz der gleichen Zahlen der Ressorts dürfte doch eine deutliche Verminderung des Einflusses des ÖBB in der Bundesregierung eingetreten sein, und zwar in erster Linie durch die Abgabe des während der 10-jährigen Besatzungszeit äusserst wichtigen Staatssekretariats im Bundesministerium für Inneres 1956 sowie schliesslich durch die Tatsache, dass sich der Anteil der Regierungsposten und Ressorts nach dem Wahlsieg der ÖVP von 1966 einzig für den ÖBB nicht änderte, während die beiden anderen Bünde bedeutenden Zuwachs durch die Übernahme der bisher von Vertretern der Sozialistischen Partei Österreichs verwalteten Ressorts gewannen.

Im Präsidium des Nationalrats stellte der ÖBB zwischen 1959 und 1962 den Ersten Nationalratspräsidenten (Leopold Figl), seit 1962 den Dritten Nationalratspräsidenten (Josef Wallner).

²⁸⁾ Vgl. Tabelle K und Tabelle M

²⁹⁾ Vgl. Tabelle M

³⁰⁾ Seit 1968 gehört der Aussenminister (Waldheim) sowohl dem ÖBB als auch dem OAAB an.

Bei der weiteren Betrachtung der Einflussverteilung im Parlament ist es wichtig, die Aufteilung der Funktionen eines Ausschussvorsitzenden, der beiden stellvertretenden Vorsitzenden und der beiden Schriftführer zu beachten ³¹⁾, da die Zusammensetzung der Ausschüsse und die Vergabe der Funktionen in erster Linie nach bündischen Rücksichten erfolgt. Daraus können wichtige Schlüsse darüber gezogen werden, welcher Teil der Parlamentsarbeit im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit eines bestimmten Bundes steht. Der ÖBB stellt den Vorsitz in zwei Ausschüssen, und zwar im Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft, in welchem er alle der ÖVP zukommenden Funktionen, also auch die eines stellvertretenden Vorsitzenden, eines Schriftführers, innehat, und ausserdem im Ausschuss für Zollfragen, in welchem der ÖBB ausserdem einen Schriftführer stellt. Diese beiden Schwerpunkte der parlamentarischen Arbeit des ÖBB werden weiters noch unterstrichen durch die Tatsache, dass der Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft von einer absoluten Mehrheit von Bauernbundmitgliedern in der ÖVP-Fraktion dominiert wird. Eine einfache Mehrheit innerhalb der ÖVP-Fraktion hat der ÖBB in einem sehr wichtigen Ausschuss, nämlich im Finanzausschuss und in einem eher unwichtigen, im Geschäftsordnungsausschuss inne. Stellvertretende Vorsitzende stellt der ÖBB weiters im Unterrichtsausschuss sowie in dem Ausschuss für wirtschaftliche Integration, Schriftführer in den Ausschüssen für Aussenpolitik, für Finanzen und für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft. Unterrepräsentiert, d.h. geringer vertreten als die anderen Bünde, ist der ÖBB dagegen in den Ausschüssen für Handel, für Justiz, für Landesverteidigung, für verstaatlichte Industrien und im Zollausschuss. Die Unterrepräsentation in diesem letzteren Ausschuss wird allerdings durch den Vorsitz und die Funktion des Schriftführers, welche beide vom ÖBB verwaltet werden, wettgemacht. Die Gründe für diese Unterrepräsentation des ÖBB dürfte

31) Vgl. Tabelle H

Tab. H. Bündische Zusammensetzung der ÖVP-Fraktion der Nationalratsausschüsse

Stand: Juni 1969

Ausschuss	Gesamt- mit- glieder	ÖVP- mit- glieder	Vorsitz	Stell- ver- treter (je 2)	Schrift- führer (je 2)	AAB	WB	BB
Haupt- Unter- (Ersatz)	27 15	14 8	A A	S, B S, F	S, A S, W	5 2 (5)	4 3 1	5 3 2)
Finanz- (Ersatz)	27	14	A	W, S	B, S	3 (6)	5 4	6 4)
Sozial-	27	14	S	A, S	A, S	7	3	4
Unterrichts-	27	14	A	B, S	A, S	5	3	5
Bauten-	27	14	A	W, S	A, S	6	4	4
Land- und Forstwirtschaft	27	14	B	B, S	B, S	3	3	8
Aussenpolit.-	21	11	S	W, S	B, S	4	3	4
Handels-	21	11	W	S, W	W, S	2	6	3
Geschäfts- ordnungs-	27	14	F	B, S	A, S	5	3	6
Justiz-	21	11	W	S, B	S, W	4	4	3
Landesver- teidigungs-	21	11	W	S, A	S, A	4	4	3
Rechnungshof-	27	14	S	B, S	A, S	5	4	5
Verfassungs-	27	14	S	A, S	A, S	5	3	5
Verkehrs-	21	11	S	S, W	B, S	4	3	4
Verstaatlichte Industrie	21	11	S	A, S	W, S	4	4	3
Zoll	21	11	B	S, W	B, S	4	4	3
Wirtschaftl. Integration	27	14	S	B, S	A, S	4	5	5

A = ÖAAB

B = ÖBB

W = OWB

S = SPÖ

F = FPÖ

□ = absolute oder starke relative Mehrheit eines Bundes

er vor allem an dem Mangel an geeigneten Fachleuten liegen, an dem vor allem dieser Bund leidet.

Eine sehr deutliche Abnahme des Einflusses des ÖBB ist aber auf der Ebene der Landespolitik festzustellen. Während der ÖBB 1945 alle sieben von der ÖVP gestellten Landeshauptleute und einen Landeshauptmannstellvertreter in einem von Sozialisten mehrheitlich regierten Bundesland stellte ³²⁾, hatte er bis 1956 bereits zwei Landeshauptleute an den ÖWB abgegeben, 1968 stellte der ÖBB nur mehr vier Landeshauptleute und einen Landeshauptmannstellvertreter in einem sozialistisch regierten Bundesland (Burgenland), in einem Bundesland (Niederösterreich) war die neuerliche Wahl eines ÖBB-Vertreterers zum Landeshauptmann eine stark umstrittene Frage, welche noch zu einem knappen Kompromiss zugunsten des ÖBB-Kandidaten führte. Wenn man die Landtagsmandate, welche die ÖVP besetzte, im Zeitvergleich ³³⁾ betrachtet, so wird man feststellen, dass 1960 von den 197 Landtagsmandaten der ÖVP in allen neun Bundesländern 78 oder 40 % dem ÖBB zufielen, während es im Jahre 1968 von den 214 Landtagsmandaten der ÖVP nur mehr 68 Bauernbundmandate gab, das ist eine Verminderung um 8 % auf 32 %. Diese verhältnismässig stärkere Abnahme des ÖBB-Einflusses in den Ländern im Vergleich zur Bundesebene ist umso erstaunlicher, als die Einflusszentren des ÖBB eher auf Landesebene liegen und Landwirtschaftspolitik nach der österreichischen Bundesverfassung in erster Linie Landessache ist. Jedenfalls zeigt sich hier, dass bei der Kandidatenselektion der Bundesländer auf die soziologischen und politischen Verschiebungen grössere Rücksicht genommen wurde als bei der Kandidatenselektion für den Österreichischen Nationalrat.

Gleich einflussreich ist der ÖBB in den Landwirtschaftskammern der einzelnen Bundesländer und in deren Bundesgremium, der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs geblieben. Nach dem Stande 1960 war der Anteil der ÖBB-Stimmen bei den Wahlen in die Landwirtschaftskammern aller neun Bundesländer bei 84 %, 1968 bei 83,12 % gelegen. 1960 entsprachen

32) Vgl. Tabelle I

33) Vgl. Tabelle V

Tab. I. Bündische Zugehörigkeit der ÖVP-Landeshauptleute bzw. Stellvertreter (im Zeitvergleich)

Landeshauptmann bzw. - Stellvertreter	1946	1956	1962	1968
Wien	A ^{x)} → A ^{x)}		W ^{x)}	A ^{x)xx)}
Niederösterreich	B	B	B	B
Oberösterreich	B → B	B → B	B → B	B
Salzburg	B	W → W		A
Tirol	B	B	B	B
Vorarlberg	B → B	B → B		A
Steiermark	B → B	B → B	B → B	B
Kärnten	B ^{x)} → B ^{x)}		W ^{x)}	W ^{x)}
Burgenland	B	W	A	B ^{x)}

→ gleiche Person

A = ÖAAB

B = ÖBB

W = ÖWB

x) =

die SPÖ stellt den Landeshauptmann, die ÖVP einen Landeshauptmannstellvertreter

xx) = Der Posten des Wiener Landeshauptmannstellvertreter ging der ÖVP bei den Landtagswahlen im April 1969 verloren. Damit ist nun zum ersten Mal seit 1945 der Fall eingetreten, daß die ÖVP in einem Bundesland weder den Landeshauptmann noch einen seiner Stellvertreter stellt.

diesem Wahlergebnis 190 Mandate für den ÖBB gegenüber 36 anderer Gruppen, 1966 waren dies 196 Mandate gegenüber 42 Mandaten.³⁴⁾ Der ÖBB dominiert dadurch sämtliche Landwirtschaftskammern und die Präsidentenkonferenz und stellt fast die gesamte wichtige Funktionärsschicht und alle Fachreferenten der Kammern. Nur in zwei Bundesländern haben andere Bauernverbände je einen Vizepräsidenten inne.

Zum Einflussbereich des ÖBB muss weiters das gesamte landwirtschaftliche Genossenschaftswesen gerechnet werden, obwohl in letzter Zeit zunehmend dieses Genossenschaftswesen ein Eigenleben entwickelt, das die bisherige Identifikation mit dem Bauernbund in vieler Hinsicht erschwert. Der "Allgemeine Verband für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen" ist eine Riesenorganisation, welche 7 Fachverbände, 6 Zentralgenossenschaften und 21 Landesverbände, darunter 8 Revisionsverbände, 4 Zentralkassen (Geldverbände), 4 Warenverbände, 4 Molkereiverbände und 1 Verband für Forstgenossenschaften umfasst, insgesamt³⁶⁾ sind dies 4.581 Genossenschaften, von denen zahlenmässig an erster Stelle die 1.758 Raiffeisen-Genossenschaften und die 1.298 Molkerei-, Käserei-, Sennerei- und Milchlieferungs-genossenschaften stehen.

34) Vgl. Tabelle P

35) Greil L., op.cit., W.Oberleitner, op.cit.

36) Der allgemeine Verband für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen besteht aus 7 Fachverbänden, 6 Zentralgenossenschaften, 21 Landesverbänden, davon sind 8 Revisionsverbände, 4 Zentralkassen (Geldverbände), 4 Warenverbände, 4 Molkereiverbände und 1 Verband für Forstgenossenschaften. Im einzelnen bestand der Allgemeine Verband für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen zum 31. Dezember 1957 aus 4.581 Genossenschaften, davon 1.758 Raiffeisengenossenschaften, 193 Lagerhausgenossenschaften, 1.298 Molkerei-, Käserei-, Sennerei- und Milchlieferungsgenossenschaften, 56 Winzergenossenschaften, 108 sonstige Verwertungsgenossenschaften, 175 Elektrizitätsgenossenschaften, 71 sonstige Betriebsgenossenschaften, 375 Viehzucht-, Weide- und Viehverwertungsgenossenschaften, 90 sonstige Genossenschaften (Pacht, Aufbau, Saatbau), 451 Wasser- und Wasserwerks-genossenschaften und 6 Zentralgenossenschaften.

Der Österreichische Wirtschaftsbund

Der mit Abstand zahlenmäßig schwächste Bund der ÖVP ist mit 84.353 Mitgliedern ³⁷⁾ der ÖWB. Seit dem 1. Bundesparteitag 1947 hat sich seine Mitgliederzahl zwar anfänglich fast verdoppelt (1947: 77.000 Mitglieder) ³⁸⁾, ihren Höhepunkt aber, der in die Kanzlerschaft Raab (bis 1961) fallen dürfte, in der Mitgliedszahl des Jahres 1966 bereits deutlich überschritten. Die zurückgehende Mitgliedszahl ist wohl vor allem aus der abnehmenden Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden in Österreich zu erklären.

Es gab im Jahre 1950 noch 410.000 kammerpflichtige Unternehmungen, im Jahre 1966 waren es nur noch 279.500 ³⁹⁾, das sind 32 % weniger als 1950. Der Anteil der Familienmitglieder und der außerordentlichen Mitglieder beim ÖWB ist nach den unvollständigen Angaben auf etwa 20 % bis 25 % ⁴⁰⁾ zu schätzen. Dies weist auf einen relativ hohen Organisationsgrad bei den Selbständigen in Gewerbe, Handel und Industrie in Österreich hin, wenn dieser Organisationsgrad auch bei weitem nicht jenen der Bauernschaft erreicht. ⁴¹⁾ Er liegt bei 25 %. Wenn man für die Zahl der Familien- und außerordentlichen Mitglieder den Prozentsatz von 25 % zugrundelegt, ergibt dies, daß 25 % der Selbständigen in Gewerbe, Handel und Industrie Mitglieder des ÖWB und etwa 26 % der mithelfenden Familienangehörigen Mitglieder des ÖWB sind. Die besondere Bedeutung des ÖWB liegt nicht wie beim ÖBB in der schlagkräftigen und beinahe totalen Organisation seiner Interessengruppe, und nicht wie beim ÖAAB in dem großen Wählerpotential, welches die Wahlhoffnungen der ÖVP begründet, sondern in der Finanzierungsfunktion für die Gesamtpartei. Dies hat es dem ÖWB ermöglicht, auch nach seinem personellen und einflußmäßigen Höhepunkt in der Zeit des Raab-Kamitz-Kurses einen bestimmenden Einfluß auf die Gesamtpartei auszuüben. Als einziger Bund der ÖVP besitzt der ÖWB eigene Unternehmungen.

37) Vergleiche Tabelle B; Mitgliederzahl nach Angabe des Generalsekretariats der ÖWB 1969. Die vom Bundesorganisationsreferat der ÖVP mitgeteilte Mitgliedszahl von 146.009 dürfte dagegen aus Gründen der Verteilung der Parteitagsdelegierten zwischen den Bündnen stark übertrieben sein.

38) Vgl. Tabelle B

39) Vgl. W. Oberleitner, op. cit. Seite 62, Kammer d. gewerbl. Wirtschaft, 1966.

40) Vgl. Fußnote 23

41) Vgl. Tabelle E

Tabelle J. Einfluß des ÖWB

	1945	1949	1953	1956	1959	1962	1966	1968
Mitglieder (in Tausend)		77			100	140	134	84
- Stammitglieder "								63
- Familienmitglieder								21
Organisationsgrad								25 %
Regierungsmitglieder	3	3	3	3	3	2	5	5
Staatssekretäre	-	-	2	1	-	-	1	-
Bundeskanzler, Vizekanzler	-	-	Kz	Kz	Kz	-	Kz,V	Kz,V
Finanzminister	-	F	F	F	F	F	F	F
Handelsminister	H	H	H	H	H	H	H	H
Sonst. Minister	VW, U	U	(U)	(A)	-	-	A, Bt	Bt
Staatssekretariate	-	-	-	F	-	H	BK	-
Nationalrat	18	19	20	23	23	24	21	21
1. Nationalratspräsident	-	-	Hurdes	-	-	-	-	-
3. Nationalratspräsident	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausschußvorsitzende ⁺⁾	Handel, Justiz, Landesverteidigung							
- Stellvertreter ⁺⁾	Handel, Justiz, Finanzen, Bauten, Außenpolitik, Zoll, Verkehr und Elektrizität							
- Schriftführer ⁺⁾	Handel, Justiz, verstaatlichte Industrie							
Absolute Mehrheit ⁺⁾	Handel							
Relative Mehrheit ⁺⁾	-							
Landeshauptleute	-	1	1	2	2	1	-	-
LHStv. in soz. reg. Bdld.	-	-	-	-	-	2	-	1
Landtagsabgeordnete					59			57
in % der VP Mandate					30 %			27 %
Handelskammern								
Stimmen	75,9		80,5%	82,6%		84,7%		
Mandate	112		116	115		113		
Präsidenten	9	9	9	9	9	9	9	9

Kz= Bundeskanzler
V = Vizekanzler
F = Finanzministerium
H = Handelsministerium
() = zeitweise

⁺⁾ Stand 1968

U = Unterrichtsministerium
VW= Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung
A = Außenministerium
Bt= Ministerium für Bauten und Technik
BK = Bundeskanzleramt
xx) = Vizekanzler war gleichzeitig Handelsminister.

Zu den Fragen, die im Mittelpunkt des Interesses des ÖWB liegen, gehören vor allem: Gewerbebefragen, besonders solche der Gewerbe-förderung und der Konzessionen, Kreditfragen, Fragen des Zollschatzes, der Besteuerung und des Budgets, weiters ist hier jener Problemkreis zu nennen, der mit Verwaltungsvereinfachung, Rationalisierung und Abbau des Bürokratismus umschrieben werden kann. Der ÖWB setzt sich weiters für eine Verbesserung der Forschungsförderung und gegen eine Verlängerung der Schulpflicht (9. Pflichtschuljahr, 13. Jahr an den Höheren Schulen) ein.

Zu den Fragen, in denen Interessengegensätze zu den beiden anderen Bündeln der ÖVP bestehen, gehören die ablehnende Haltung des ÖWB gegen arbeits-rechtliche Änderungen im Sinne innerbetrieblicher Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten.⁴²⁾ (In dieser Frage weiß sich der ÖWB mit dem sozialistisch dominierten österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) gegen den ÖAAB einig) sowie gegen die Erhöhung des Arbeitgeberanteils an der Sozialversicherung und ähnliche Sozialversicherungsfragen. Ein Konfliktstoff mit dem ÖBB ist die Handelstätigkeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Der Anteil der Mandate im Österreichischen Nationalrat war⁴³⁾ 1945 18 von 85, 1956 23 von 82, 1959 23 von 79 und 1966 21 von 85. Der Höhepunkt zur Zeit der Regierung Raab ist auch hier klar markiert. Der abnehmende Anteil der selbständig Wirtschaftstreibenden an der Gesamtbevölkerung wurde auch hier in der Verteilung der Nationalratsmandate nicht beachtet, so daß der ÖWB nicht nur im Vergleich zu Mitgliedszahlen und Wählerpotential überrepräsentiert ist, sondern auch im Vergleich zu seiner Ausgangsposition im Jahre 1945.⁴³⁾ In der Regierung⁴⁴⁾ stellte der ÖWB jeweils mindestens 3 Minister - mit Ausnahme der Regierungen Gorbach (1961-1964), wo er nur durch 2 Minister in der Regierung vertreten war - von 1953 bis 1961 und von 1964 an außerdem den Bundeskanzler, seit 1966 außerdem noch den Vizekanzler. Gelegentlich gehörte auch ein Staatssekretär dem Wirtschaftsbund an.

42) In der von Wirtschaftskreisen kontrollierten Presse wird von der Führung des ÖAAB häufig als "schwarze Genossen" gesprochen (vgl. etwa "Wochenpresse").

43) Vgl. Tabelle G

44) Vgl. Tabelle K

Tabelle K. Aufbau der ÖVP-Regierungsfractionen nach bündischer Zugehörigkeit seit 1945

Regierung	ÖVP	parteilos ÖVP-nahe	AAB	BB	WB
Figl I 45-49	Kz 6 M 1 S	1 M	2 M	Kz 1 M 1 S	3 M
Figl II 49-53	Kz 5 M 2 St		1 M 1 St	Kz 1 M 1 St	3 M
Raab I 53-56	Kz 5 M 2 St		1 M 1 St	2 M 1 St	Kz 3 M
Raab II 56-59	Kz 6 M 3 St		1 M 1 St	3 M 1 St	Kz 2 M 1 St
Raab III 59-61	Kz 5 M 2 St		1 M 1 St	2 M 1 St	Kz 2 M
Gorbach I 61-63	Kz 5 M 2 St		Kz 1 M 1 St	2 M 1 St	2 M
Gorbach II 63-64	Kz 5 M 4 St		Kz 1 M 2 St	2 M 1 St	2 M 1 St
Klaus I 64-66	Kz 5 M 4 St		1 M 2 St	2 M 1 St	Kz 2 M 1 St
Klaus II/1 66-68	Kz,V 10(11) M 6 St	1 M	4 M 4 St	2 M 1 St	Kz,V 3 (4) M 1 St
Klaus II/2 68-70	Kz,V 11 M 4 St	1 M	4 (5) M ^{x)} 3 St	3 (2) M ^{x)} 1 St	Kz,V 3 M

Kz= Bundeskanzler
V = Vizekanzler
M = Bundesminister
St = Staatssekretär

x) 1969 gab der BB einen weiteren Ministerposten an den AAB ab.
Vgl. dazu noch Ressortgliederung, Tabelle M.

Seit der Teilung des früheren Bundesministeriums für Handel und Bauten in ein Bundesministerium für Handel, Industrie und Gewerbe und in eines für Bauten und Technik 1966 stellt der Wirtschaftsbund auch einen dritten Minister, zwischen 1966 und 1968 wurde ihm noch ein vierter Minister zugezählt. Ressortmäßig ⁴⁵⁾ hatte der Österreichische Wirtschaftsbund jeweils das Finanzministerium (mit Ausnahme der Regierung Figl I von 1945 - 1949) und das Handelsministerium, von 1945 bis 1954 auch das Unterrichtsministerium, seit 1966 auch das Bautenministerium und zwischen 1966 und 1968 das Außenministerium inne.

Die Staatssekretäre waren im Finanz- bzw. im Handelsministerium, von 1966-1968 war auch ein Staatssekretär im Bundeskanzleramt tätig.

Der ÖWB hat nur zwischen 1952 und 1959 in der Person Felix Hurdes den Ersten Nationalratspräsidenten gestellt, sonst nie eine Nationalratspräsidiumsfunktion besetzt.

In der Verteilung der Funktionen in den Parlamentsausschüssen ⁴⁶⁾ hat der ÖWB den Vorsitz im Handels-, Justiz- und im Landesverteidigungsausschuß übernommen. In den Ausschüssen für Handel und für Justiz stellt der ÖWB gleichzeitig auch den Schriftführer, stellvertretende Vorsitzende stellt der ÖWB für die Ausschüsse für Finanzen, für Bauten, für Außenpolitik, für Verkehr und Elektrizität und für Zoll, und Schriftführer außer für den Handels- und Justizausschuß auch für den Ausschuß für die verstaatlichte Industrie. Der ÖWB stellt die absolute Mehrheit der ÖVP-Fraktion im Handelsausschuß, er hat in keinem anderen Ausschuß eine Mehrheit. Zahlenmäßig unterrepräsentiert ist der ÖWB im Sozial-, im Unterrichts-, im Land- und Forstwirtschafts-, im außenpolitischen-, im Geschäftsordnungs-, im Rechnungshof-, im Verfassungsausschuß und im Ausschuß für Verkehr und Elektrizität. Diese Unterrepräsentation in den Ausschüssen für Soziales und für Land- und Forstwirtschaft erklärt sich durch die dominierende Rolle der beiden anderen Bünde in diesen Ausschüssen, die zahlenmäßig geringere Vertretung im außenpolitischen Ausschuß und im Ausschuß für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft wird durch die Übernahme des stellvertretenden Ausschußvorsitzes durch ÖWB-Vertreter ausgeglichen.

45) Vgl. Tabelle M

46) Vgl. Tabelle H

In der Landespolitik ist der ÖWB etwas schwächer als der ÖBB vertreten, 1945 ⁴⁷⁾ stellte der ÖWB weder einen Landeshauptmann noch einen Landeshauptmannstellvertreter in einem mehrheitlich sozialistisch verwalteten Bundesland. 1956 stellte der ÖWB zwei Landeshauptleute, nämlich in Salzburg und im Burgenland, 1962 den Landeshauptmann in Salzburg und zwei Landeshauptmannstellvertreter in den sozialistisch regierten Bundesländern Wien und Kärnten, im Jahre 1968 einen Stellvertreter im sozialistisch regierten Bundesland Kärnten. In den Landtagen ist der ÖWB mit einem etwas unter einem Drittel liegenden Anteil der ÖVP-Mandate vertreten, 1960 ⁴⁸⁾ waren es 59 Mandate von insgesamt 197, d. s. 30 % der ÖVP-Mandate, 1968 57 Mandate von insgesamt 214, d. s. 27 % der ÖVP-Mandate, somit ist sowohl absolut wie auch prozentuell ein leichter Rückgang des Einflusses des ÖWB in den Bundesländern festzustellen.

In den Handelskammern der einzelnen Bundesländer und in der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft beherrscht der ÖWB fast alle wichtigen Positionen und stellt die meisten der leitenden Angestellten sowie alle Präsidenten der Landeskammern, weiters sämtliche Obmänner und Obmannstellvertreter der Bundessektionen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft mit Ausnahme der drei Sektionen Industrie, Geld-, Kredit- und Versicherungswesen und Verkehr, in denen jeweils die Sozialisten einen Vizepräsidenten stellen. Auch in einigen Bundesländern sind sozialistische Vizepräsidenten der Landeskammer in das Landesgremium kooptiert worden. Der Kammertag, das oberste Bundesgremium der Bundeskammer, hat unter seinen 131 Mitgliedern eine überwältigende ÖWB-Mehrheit ⁴⁹⁾; so gewann der ÖWB 1950 75,8 % der Stimmen und 112 Mandate, 1965 84,7 % der Stimmen und 113 Mandate. Die meisten der Kammern der freien Berufe, welche in der "Bundeskonzferenz der Kammern der freien Berufe Österreichs" ⁵⁰⁾ zusammengefaßt sind, stehen - mit der einen großen Ausnahme der Ärztekammer, dem ÖWB nahe oder gehören diesem an.

47) Vgl. Tabelle I

48) Vgl. Tabelle V

49) Vgl. W. Oberleitner, op. cit., Seite 62. A. Karisch "Parteien und Verbände in der österr. Wirtschaftsordnung" in Polit. Studien, XVII (1966) 168, S. 401 f. E. März/E. Weissl, "Arbeiterkammern", in T. Pütz, Verbände und Wirtschaftspolitik in Österreich, Berlin 1966. K. H. Naßmacher, Das österreichische Regierungssystem, Köln-Opladen 1968.

50) In der Bundeskonferenz der Kammern der freien Berufe Österreichs sind zusammengeschlossen: die Österreichische Ärztekammer, die Kammer der Wirtschaftstreuhänder, die Kammer der Architekten, der Zivilingenieure, die Rechtsanwaltskammer, der Delegiertentag der österr. Notarkammern, die österr. Apothekerkammer, die österr. Dentistenkammer, die österr. Patentanwältekammer und die Bundeskonferenz der Tierärzte Österreichs.

Der Österreichische Arbeiter- und Angestelltenbund

Der ÖAAB ist den Mitgliedszahlen nach der zweitstärkste Bund der ÖVP, wenn man allein die Stammitglieder (also ohne Familienmitglieder) zählt, der zahlenstärkste Bund der Partei. In seiner Entwicklung weist er eine konstante Zunahme seiner Mitgliedszahlen und seiner Bedeutung auf. Von 128.000 Mitgliedern ⁵¹⁾ im Jahre 1947 ist er im Jahre 1968 auf einem Stand von 265.573 Mitgliedern angelangt und befindet sich weiter in einem kontinuierlichen Wachstumsprozeß. Jener Bund, von dem lange Zeit gesagt wurde, er wäre wie das 5. Rad am Wagen der ÖVP, hat heute für die Partei eine ganz besondere Bedeutung, da in den sozialen Schichten, welche der ÖAAB anspricht, das größte Wählerpotential für die ÖVP liegt. Da gleichzeitig die Gruppe der unselbständig Erwerbstätigen die am geringsten organisierte ist ⁵²⁾ (nur 16 % der Angestellten und Beamten und sogar nur etwas mehr als 5 % der Arbeiter sind parteiorganisatorisch erfaßt), steht der ÖAAB vor bedeutenden organisatorischen Möglichkeiten. Die zukünftigen Wahlchancen für die ÖVP dürften nicht zuletzt davon abhängig sein, wie sehr es dem ÖAAB gelingt, die Interessen der unselbständig Erwerbstätigen im Rahmen der Gesamtpartei durchzusetzen. Ein Indiz dafür könnte eine zahlenmäßig stärkere Vertretung des ÖAAB in der Zukunft im Nationalrat, in den Landtagen sowie in der Bundes- und in den Landesregierungen sein.

Zu den Fragen, auf welche der ÖAAB seine Hauptaufmerksamkeit lenkt, gehören besonders personalpolitische und arbeitsrechtliche Probleme, Fragen der Sozialpolitik, besonders der Sozialversicherung (Krankenkassen und Pensionsfragen), weiters Eigentumsfragen, Probleme der verstaatlichten Industrie, des Wohnbaues. Wegen der starken Ausrichtung auf die Interessen der Beamten und der Lehrer hat man den ÖAAB auch gelegentlich eine Beamtengewerkschaft genannt. Interessanterweise gilt der Kulturpolitik und der Konsumentenvertretung nicht die besondere Aufmerksamkeit des ÖAAB, obwohl derartige Annahmen wohl naheliegend wären.

51) Vgl. Tabelle B

52) Vgl. Tabelle E

Mit den beiden anderen Bündnen kontrovers sind Fragen der Umgestaltung des arbeitsrechtlichen Verhältnisses, etwa im Sinne einer betrieblichen Mitbestimmung, Sozialversicherungsfragen und Tendenzen zur Entstaatlichung der verstaatlichten Industrie. Eine Reibungsfläche mit dem ÖBB stellt das Auftreten des ÖAAB gegen Agrarsubventionen dar.

Tabelle L. Einfluß des ÖAAB

	1945	1949	1953	1956	1959	1962	1966	1968
Mitglieder (in Tausend)		128			200	220	246	265
-Stammitgl. "								252
-Familienmitgl. "								13
Organisationsgrad								11 %
Regierungsmitglieder	2	1	1	1	1	2	4	5
Staatssekretäre	-	1	1	1	1	1	4	3
Bundeskanzler	-	-	-	-	-	Kz	-	-
Ressorts	A, o. P.	A	U, A	U	U	U	VE, I, Soz, LV	VE, I, LV, Soz, U
Staatssekretariate	-	H	H, Fin	I	I	I	A, VE, Soz, Bk	Soz, Bk, B
Nationalrat	33	26	25	28	27	29	32	33
1. NR Präsident	Kunschak	-	-	-	-	M a l e t a		
3. NR Präsident	Corbach	-	-	-	-	Maleta	-	-
Ausschußvorsitzende ^{xx)}	Hauptausschuß, ständ. Unteraussch. des Hpt., Fin., Unterricht, Bauten							
-Stellvertreter ^{xx)}	Sozial, LV, Verfassung, verstaatl. Industrie							
-Schriftführer ^{xx)}	Sozial, Unterr, Bauten, GO, LV, RH, Vf, wirtsch. Integr.							
Absolute Mehrheit ^{xx)}	Sozial							
Relative Mehrheit ^{xx)}	Bauten							
Landeshauptleute	-	-	-	-	-	1	2	2 ^{xxx)}
LHStellv. in soz. reg. Bdl.	1	1	1	1	1	-	2	1 ^{xxx)}
Landtagsabg.					60			63
-in % d. VP-Mandate					30,5 %			29,5 %
Arbeiterkammern								
Stimmen					18,6 %	21,4 %		23,5 % ^{x)}
Mandate					161	180		195 ^{x)}
Präsidenten	-	-	-	-	-	-	-	1 ^{x)}
Vizepräsidenten	9	9	9	9	9	9	9	8

x) 1969

xx) Stand 1968

xxx) ging bei den Wiener Landtagswahlen im April 1969 verloren.

Im Nationalrat ist der ÖAAB 1945 mit 33, 1956 mit 28, 1959 mit 27 und 1966 mit 32 Mandataren vertreten.⁵³⁾ Der Anteil des ÖAAB an der ÖVP-Nationalratsfraktion hat sich somit nur unwesentlich verschoben. Er erreichte zwar während der Regierungszeit Raab einen Tiefpunkt, hat aber heute trotz Verdoppelung der Mitgliederzahlen, zahlenmäßiger Abnahme der sozialen Gruppe der selbständig Erwerbstätigen und damit verbunden einer größeren Bedeutung der Unselbständigen, besonders bei Wahlen, heute noch nicht die Stärke des Jahres 1945 erreicht. Es läßt sich, und ganz besonders im Lichte der oben angeführten Entwicklungen, eine krasse Unterrepräsentation dieses Bundes im österreichischen Nationalrat feststellen.

In der österreichischen Bundesregierung stellte der ÖAAB bis 1966 im allgemeinen jeweils einen Minister und einen oder zwei Staatssekretäre⁵⁴⁾ von 1961 bis 1964 außerdem den Bundeskanzler. In der Alleinregierung seit 1966 fielen dem ÖAAB alle jene Ministerien zu, welche bisher von Sozialisten geleitet wurden. Es zeigt sich hier eine sehr starke Zunahme des ÖAAB-Anteils an der Regierung, welcher wohl im Hinblick auf die wahlentscheidende Rolle der Nichtselbständigen zu erklären ist. Unter der Regierung Figl stellte der ÖAAB zwei Minister,⁵⁴⁾ nämlich für Äußeres und einen ohne Portefeuille. Das Außenministerium leitete von 1945 bis 1953 ein Vertreter des ÖAAB. Später wurde das Unterrichtsministerium von 1954 - 1964 von einem Mitglied des ÖAAB verwaltet,⁵⁵⁾ von 1964-1966 stellte der ÖAAB nur einen Minister, den Landesverteidigungsminister, seit 1966 drei weitere Minister, nämlich den Innenminister, den Sozialminister und den Minister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft. Damit hat der ÖAAB durch den Wahlsieg 1966 eine sehr wesentliche Erweiterung seines Einflusses in der Regierung erhalten und die gesamte Erbschaft der früher von den Sozialisten verwalteten Ressorts mit Ausnahme der Funktion des Vizekanzlers (und des Justizministers)⁵⁶⁾ übernommen.

53) Vgl. Tabelle G

54) Vgl. Tabelle M. Der Außenminister (Karl Gruber) war ursprünglich ÖBB-Mitglied.

55) Der Posten des Bundesministers für Unterricht wurde jedoch nicht auf den bündischen Proporz angerechnet. Der Unterrichtsminister blieb auch de facto ohne bündische Kontrolle.

56) Der Außenminister (Waldheim) ist Mitglied zweier Bünde, des ÖAAB und des ÖBB. Der Justizminister (Klecatsky) ist parteilos.

Tabelle M. Verteilung der Ressorts der Bundesregierungen, welche von der ÖVP besetzt wurden, auf die Bünde seit 1945

Regierung	ÖAAB	ÖBB	ÖWB
Figl I 20. 12. 45-8. 11. 49	A, oP	Kz, LF St-I	VW, H, U (Fin. parteilos)
Figl II 8. 11. 49-2. 4. 53	A St-H	Kz, LF St-I	Fin, H, U
Raab I 2. 4. 53-29. 6. 56	→ U, A → St-H, Fin	→ A, LF St-I	Kz, Fin, H → U →
Raab II 29. 6. 56-14. 7. 59	U St-I	A → LV, LF St-A	Kz, Fin, H → A St-Fin
Raab III 14. 7. 59-11. 4. 61	U St-I	LV, LF St-A	Kz, Fin, H
Gorbach I 11. 4. 61-27. 3. 63	Kz, U St-I	LV, LF St-A	Fin, H
Gorbach II 27. 3. 63-2. 4. 64	Kz, U St-I, St-Just	LF, LV St-A	Fin, H St-H
Klaus I 2. 4. 64-19. 4. 66	LV St-I, St-Just	LF, U St-A	Kz, H, Fin St-H
Klaus II/1 19. 4. 66-19. 1. 68	I, Soz, LV, VE St-A, St-VE St-Soz, St-K	LF, U St-I	Kz, V, A, Fin, Bt, H ^x St-Bk
Klaus II/2 19. 1. 68-	I, Soz, LV, VE, (A); U St-Bk, St-Bk, St-Soz	LF, U → (A) St-I	Kz, V, H, Fin, Bt

Kz = Bundeskanzler

V = Vizekanzler

oP = ohne Portefeuille

Fin = Bundesminister für Finanzen

U = " für Unterricht

A = " f. Auswärt. Angel.

LF = " f. Land-u. Forstw.

VW = " f. Vermögensverwaltung

H = " f. Handel-u. Wiederaufbau (bzw. f. Handel, Industrie u. Gewerbe)

I = " f. Inneres

LV = " f. Landesverteidigung

Soz = " f. soziale Verwaltung

Bt = " f. Bauten und Technik

VE = " f. Verkehr u. Elektrizität

Just = " f. Justiz

St = Staatssekretär (mit Beifügung wie oben)

→ = nur während eines Teils der Periode

() = gehört gleichzeitig zwei Bünden an

x) = Der Vizekanzler ist gleichzeitig Handelsminister.

vgl. dazu auch die Globalzahlen der Tabelle K.

Außerdem stellt der ÖAAB traditionsgemäß - mit Ausnahme der VII, VIII und IX. Legislaturperiode (1952-1962) den Ersten Nationalratspräsidenten (1945-1952: Leopold Kunschak, seit 1962: Alfred Maleta), eine Funktion, der auf Grund des mit ihr verbundenen Ansehens und auf Grund des Einflusses auf den Lauf der parlamentarischen Arbeit große Bedeutung beigemessen wird. Von 1945 bis 1949 (Alfons Gorbach) und von 1961 bis 1962 (Alfred Maleta) war auch der Dritte Nationalratspräsident ein ÖAAB-Abgeordneter.

Im Mittelpunkt der Ausschußarbeit des ÖAAB im Parlament⁵⁷⁾ scheinen der Sozial-, der Bauten- und der Unterrichtsausschuß auf. Der ÖAAB stellt den Vorsitzenden im Hauptausschuß und im ständigen Unterausschuß des Hauptausschusses, im Finanzausschuß sowie im Ausschuß für Unterricht (hier stellt er ebenfalls einen Schriftführer) und im Bautenausschuß. Stellvertreter des Ausschußvorsitzenden stellt der ÖAAB im Sozialausschuß, sowie den Ausschüssen für Landesverteidigung, für Verfassung und für verstaatlichte Industrie. Schriftführer ebenfalls im Sozialausschuß, im Unterrichtsausschuß, im Bautenausschuß sowie in den Ausschüssen für Geschäftsordnung, Landesverteidigung, Rechnungshof, Verfassung und wirtschaftliche Integration. Im Sozialausschuß hat der ÖAAB die absolute Mehrheit innerhalb der ÖVP-Fraktion des Ausschusses und im Bautenausschuß eine einfache Mehrheit. Unterrepräsentiert ist der ÖAAB zahlenmäßig im Finanzausschuß (er stellt dort allerdings den Vorsitzenden) sowie im Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft und im Handelsausschuß. Bemerkenswert ist besonders die schwache Vertretung des ÖAAB in allen mit Wirtschaftsfragen befaßten Ausschüssen (hier wieder mit Ausnahme der Ausschüsse für verstaatlichte Industrie und für Bauten).

In der Verteilung der Landeshauptleute ist ein wesentlicher Zuwachs des ÖAAB-Einflusses festzustellen. 1945 stellte der ÖAAB keinen einzigen Landeshauptmann und nur in einem sozialistisch verwalteten Bundesland, in Wien, den Landeshauptmannstellvertreter.⁵⁸⁾ 1968 stellte der ÖAAB zwei Landeshauptleute, und zwar in Salzburg und Vorarlberg, und den Wiener Landeshauptmannstellvertreter, ein Anspruch auf zwei weitere Landeshauptmannstellen wurde vom ÖAAB bereits angemeldet. In der Zusammensetzung

57) Vgl. Tabelle H.

58) Vgl. Tabelle I.

der Landtage⁵⁹⁾ ist der ÖAAB durchwegs unterrepräsentiert, seine Anteile sind von 1960 bis 1968 sogar noch gefallen (von 30,5 auf 29,5 %). Besonders krass ist diese Unterrepräsentation im Vergleich mit der Zahl der Landtagsmandate des ÖBB.

In den Arbeiterkammern ist der ÖAAB die zweitstärkste Fraktion und ist mit etwa 20 % der Kammerräte vertreten. Nach den Arbeiterkammerwahlen 1959 bzw. 1964 stellte der ÖAAB 161 bzw. 180 von insgesamt 649 bzw. 810 Mandaten bei einem Stimmenanteil von 18,6 % bzw. 21,4 %, nach den Arbeiterkammerwahlen von 1969 195 Mandate von 810 Mandaten bei einem Stimmenanteil von 23,5 %. Der gesamte Apparat, die wichtige Funktionärsschicht der Arbeiterkammern sowie auch des Arbeiterkammertages ist aus Mitgliedern der SPÖ zusammengesetzt, im Österreichischen Gewerkschaftsbund hat die Fraktion christlicher Gewerkschafter den Vorsitz in der Fachgewerkschaft der öffentlich Bediensteten inne. In der Österreichischen Landarbeiterkammer hat die "Fraktion christlicher Gewerkschafter" die Mehrheit⁶¹⁾. Hier ist es für die Unvollständigkeit der Organisation im ÖAAB kennzeichnend, daß der ÖAAB, der zwar 72.613 Stimmen bei den Wahlen in die Landarbeiterkammern erreichen konnte, in der Fachgewerkschaft der Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft aber, welche einen Mitgliederstand von 70.035 hat, der SPÖ gegenüber in der Minderheit ist, obwohl die SPÖ bei Kammerwahlen nur 43.694 Stimmen erreichen konnte.

59) Vgl. Tabelle V

60) W. Oberleitner, op. cit., Seite 59.

61) W. Oberleitner, op. cit., Seite 60.

Die nicht hinreichend vertretenen Interessen

Nun soll untersucht werden, welche Bevölkerungsgruppen keine oder eine relativ schwache Vertretung in der ÖVP besitzen. Es heißt dies nicht in jedem Fall, daß die Interessen dieser Gruppe übergangen würden oder keine Aufmerksamkeit von seiten der Partei bekämen. Die Erwartung, bei den einzelnen Wahlen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene Mehrheiten zu erreichen, nötigt die Partei sehr oft zu einer betonten Rücksichtnahme auf Interessen auch der unterrepräsentierten Gruppen. Es ist aber trotzdem anzunehmen, daß diese Gruppen einflußmäßig schlechter gestellt sind als andere, welche außerdem noch in entsprechender Stärke in den einzelnen Parteigremien bzw. legislativen Körperschaften oder Verwaltungsämtern vertreten sind.

An erster Stelle der nichtetablierten Interessen sind hier als sehr große Gruppe die Konsumenten zu nennen. Für diese Gruppe existiert in Österreich keine Interessenvertretung. Am ehesten nimmt die Arbeiterkammer Konsumenteninteressen wahr, obwohl sie ihrer Bestimmung nach doch in erster Linie ein Vertretungsorgan der im Produktionsprozeß Tätigen und daran Interessierten ist. Innerhalb der ÖVP werden Konsumenteninteressen vom Bundeskanzler bzw. Bundesparteiobmann direkt mit dem Blick auf die Wahlkonsequenzen vertreten.

Eine zweite Gruppe, welche nicht hinreichend vertreten ist, sind die Arbeiter. Der Nationalrat weist in der derzeitigen Legislaturperiode in den Reihen der ÖVP nur einen einzigen Industriefacharbeiter und einen einzigen Landarbeiter auf. Außer diesen können noch ein Funktionär der Arbeiterkammer und drei Gewerkschaftsfunktionäre im weiteren Sinn als Vertreter von Arbeiterinteressen angesehen werden.⁶²⁾ Diese geringe Vertretung steht einem Anteil von 31,5 % der Arbeiter an der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung gegenüber.⁶³⁾

Ebenfalls unterrepräsentiert sind in der ÖVP die (nicht im öffentlichen Dienst stehenden) Angestellten. Obwohl ihre Zahl mit 634.794 Menschen die Zahl der im öffentlichen Dienst tätigen Beamten (177.424)⁶⁴⁾ um ein Vielfaches übersteigt, sind sie in der Mitgliedschaft der ÖVP nur etwa mit der halben Stärke der Beamten⁶⁵⁾ vertreten.

62) Vgl. Tabelle T

63) Vgl. Tabelle E; nach den Ergebnissen der Volkszählung 1961, Heft 11, Tab. 10 beträgt die Zahl der Arbeiter (einschl. der Lehrlinge) 1.514.719.

64) 65) Vgl. Tabelle E.

In den meisten Gremien fehlen vollkommen Vertreter der Jugend und der Studenten.^{x)} Im Nationalrat ist unter 85 Abgeordneten kein einziger Vertreter der Österreichischen Jugendbewegung; nur in drei Landtagen (Niederösterreich, Salzburg und Kärnten)⁶⁶⁾ ist je ein Vertreter der ÖJB als Mandatar aufgestellt und gewählt worden. Studenten wurden erst infolge der letzten politischen Ereignisse (besonders im westlichen Ausland) politisch ernst genommen. Dafür spricht vor allem die 1968 abgehaltene parlamentarische Enquete zur Hochschulreform.

Einflußlos als Gruppe sind weiters die Akademiker. Der Österreichische Akademikerbund, als Zweckorganisation zur Struktur der ÖVP gehörig, wurde nicht als gleichberechtigter Bund anerkannt, er konnte auch nicht eine Stellung, wie sie die Österreichische Jugendbewegung oder die Österreichische Frauenbewegung hat, erreichen, er blieb in allen obersten Parteigremien ohne Sitz und Stimme. In allen Gruppen und Gremien sind allerdings Akademiker als Individuen, aber nicht als Vertreter des Österreichischen Akademikerbundes, gut repräsentiert.

Im Vergleich zur SPÖ sind die Frauen in den legislativen Körperschaften und in der Verwaltung schwächer vertreten. Im Österreichischen Nationalrat sitzen neben 5 Vertreterinnen der SPÖ nur 3 weibliche ÖVP-Abgeordnete. Dieses Verhältnis wird etwas ausgeglichen durch die Tatsache, daß die ÖVP zum ersten Mal in der Geschichte Österreichs 1966 einen weiblichen Bundesminister (für soziale Verwaltung) vorgeschlagen hat. In den meisten Landtagen und Landesregierungen sind Frauen als ÖVP-Vertreter in etwa gleichem Prozentsatz wie im Nationalrat tätig.⁶⁷⁾

Parlamentarisch überhaupt nicht vertreten sind die freien Berufe, da man die beiden Abgeordneten, deren ziviler Beruf Rechtsanwalt bzw. Notar ist, als Berufspolitiker bezeichnen muß, welche durch ihre derzeitigen Funktionen als Bundeskanzler bzw. Vizekanzler nicht in der Lage sind, Interessenpolitik der freien Berufe zu betreiben. Weiters ist der Abgeordnete Dr. Geischläger Rechtsanwalt, als ÖAAB-Abgeordneter aber Arbeitnehmervertreter.

66) Vgl. Tabelle V

67) Vgl. Tabelle V. Der Prozentsatz des Anteils der Frauen in den legislativen Körperschaften in Österreich liegt für die ÖVP zwischen 10 % und 15 %. (mit Ausnahme des Nationalrats).

x) Auch darin besteht zwischen den beiden Großparteien große Ähnlichkeit.

Zahlenmäßig ziemlich schwach sind im Parlament auch die Belange des Sports, der Volksbildung, im Gegensatz dazu aber die Interessen der Volksdeutschen, der Kriegsoffer und der politisch Verfolgten relativ gut vertreten.

Interessengegensätze innerhalb der Bünde

Die Beschreibung der innerbündischen Entscheidungsmechanismen und der Meinungsbildung ist wegen der großen Variationsmöglichkeiten zwischen den einzelnen Bünden bzw. den einzelnen Bundesländern nur im konkreten Falle möglich. Hier soll aus der Zusammensetzung der Mitglieder der einzelnen Bünde und der Zusammensetzung der wichtigsten Gremien und öffentlichen Körperschaften nach den sozialen Gruppen innerhalb der Bünde der Schluß gezogen werden darauf, in welchem Ausmaß mit der Verwirklichung der Ansprüche dieser einzelnen sozialen Gruppen gerechnet werden kann. Einschränkend ist allerdings auch hier festzustellen, daß es nur in den seltensten Fällen, wenn man von der Kandidatenaufstellung absieht, zu formalen Abstimmungen in den Parteigremien kommt.

Diese Funktionsweise bezieht sich auch ganz besonders auf die bündischen Arbeitsgemeinschaften im Parlament, den Agrarklub, den Wirtschaftsbundklub und den ÖAAB-Klub. Somit erweist sich die interne zahlenmäßige Aufteilung der Nationalratsfraktion bzw. der drei Klubs als das geeignetste Mittel, die Linien der Auseinandersetzung bei der Aggregation der Interessen innerhalb der Bünde zu verfolgen.

Die Interessengegensätze innerhalb des ÖBB lassen sich in drei große Kategorien zusammenfassen. Die erste Kategorie umfaßt die Interessengegensätze, die aus der verschiedenen Betriebsgröße und damit aus der verschiedenen Größe des bäuerlichen Besitzes resultieren. Hier stehen die Interessen der Kleinbauern und der Bauern, welche die Landwirtschaft nur als zusätzliches Gewerbe betreiben, gegen die Interessen der Mittel- und Großbauern und diese wieder gegen die Interessen des Großgrundbesitzes. Einen eigenen "Bauern- und Kleinhäuslerbund" gibt es allerdings nur in einem Bundesland (Oberösterreich). Der Großgrundbesitz wird vor allem vom "Hauptverband der Wald- und Grundbesitzer Österreichs" vertreten. Die Mittel- und Großbauern dominieren im allgemeinen im gesamten ÖBB.

Die Interessengegensätze bestehen vor allem in der Verteilung der steuerlichen Lasten und der Subventionen der öffentlichen Hand zwischen den einzelnen Größenklassen. Nach einer groben Prozenteinteilung gehören zu den Klein- und Zwergbauern 48 % der Betriebe mit 6 % der land- und forstwirtschaftlich genutzten Fläche, zu den Mittelbauern 36,6 % mit 21,8 % der genutzten Fläche, zu den Großbauern 14 % der Betriebe mit einer Nutzfläche von 26,6 % und zu den Großgrundbesitzern 1,4 % der Betriebe mit einer Nutzfläche von 45,6 %. ⁶⁸⁾

Tabelle N. Prozentmäßige Verteilung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und Flächen auf Größenklassen

	nach Prozentsätzen	
	der Betriebe	der Fläche
Zwergbauern (unter 2 ha)	24,3	1,6
Kleinbauern (2-5 ha)	23,7	4,4
Mittelbauern "Bauern" (5-20 ha)	36,6	21,8
Großbauern (20-70 ha)	14,0	26,6
Großgrundbesitz (über 70 ha)	1,4	45,6

Quelle: L. Greil, 50 Jahre Präsidentenkonferenz, Wien 1959, Tab. 7, 46

In die zweite Kategorie der Interessengegensätze gehört der Gegensatz aus der Verschiedenheit der Produktionsweise und des land- und forstwirtschaftlichen Produktes überhaupt. In erster Linie ist hier der Gegensatz zwischen Hörndl- und Körndlbauern, d. h. zwischen Bauern, welche hauptsächlich Viehzucht und solchen, welche hauptsächlich Ackerbau betreiben, zu nennen. Dieser Gegensatz ist ein regionaler; die Hörndlbauern sind vor allem in den Alpengegenden zu Hause, während die Körndlbauern das Alpenvorland und die Donaugegenden besiedeln. Dieser Gegensatz kommt auch aus einem großen kulturellen Unterschied, welcher sich aus der verschiedenen geschichtlichen Entwicklung der Bauernschaft im Gebirge bzw. in der Ebene ergeben hat.

68) Vgl. Tabelle N.

Die Bauern in der Ebene waren durch das Hörigkeitsverhältnis und schließlich durch die Einführung der Erbuntertänigkeit wesentlich stärker betroffen als die im Gebirge lebenden, d. h. also in erster Linie in West-österreich angesiedelten, welche zum Teil, wie etwa in Tirol, nie eine Erbuntertänigkeit kannten, sondern stets freie Bauern blieben. Ein Sonderproblem ist jenes der Bergbauern, das heißt, jenes Teiles der Bauernschaft, welcher in verhältnismäßig unfruchtbaren und schwer zugänglichen Gebirgsgegenden wohnt. Es sind dies etwa 30 % der gesamten Bauernschaft mit 167.000 Angehörigen. Diese Bauern sind wesentlich an den Problemen der Infrastrukturverbesserung, also in erster Linie des Wegebau, interessiert, ein zweites Interesse der Bergbauern liegt in der Verteilung der Mittel des Fremdenverkehrs. Es handelt sich dabei vor allem um die Bauern in Salzburg, Kärnten, Tirol und Vorarlberg. Ein weiteres Sonderinteresse, das aus einem Produktionsunterschied resultiert, vertritt die Interessenvereinigung der Forstwirte, des "Hauptverbandes der Wald- und Grundbesitzer Österreichs", eine Organisation, welche offiziell unpolitisch ist, deren Generalsekretär aber ein ständiger Gast bei den Sitzungen des Agrarklubs im Parlament ist. Diese Gruppe ist im wesentlichen mit dem ehemaligen Adel identisch. Die Hauptinteressen liegen in der Preisgestaltung für Holz (zwischen 24 % und 32 % des Wertes der Gesamtausfuhr Österreichs entfällt auf Holz). Diese Gruppe hat große Schwierigkeiten, sich besonders in der Frage der skandinavischen Holzimporte durchzusetzen, im allgemeinen genießt sie keine hinreichende Unterstützung des ÖBB, um sich gegen die Interessen der Holzwirtschaft (vertreten durch Gruppen im ÖWB) durchzusetzen. Seit 1945 gibt es einen Holzwirtschaftsrat, welcher als paritätischer Ausschuss zwischen der Forstwirtschaft und der Holzwirtschaft funktioniert, wobei die Vertreter der Forstwirtschaft allerdings nicht vom Hauptverband der Wald- und Grundbesitzer, sondern von der Präsidentenkonferenz der österreichischen Landwirtschaftskammern entsandt werden. Weitere Sonderinteressen vertritt der "Bundesverband der Weinbauern" und der "Österreichische Rübenbauernverband".

Zur dritten Kategorie von Interessengegensätzen gehört der in letzter Zeit immer betonter werdende Gegensatz einer nun auch bei Landwirtschaftskammerwahlen kandidierenden Gruppe, welche sich "Allgemeiner Bauernverband" nennt, zur offiziellen ÖBB-Politik.

Es sind dies unzufriedene und eine radikalere Forderungspolitik wünschende Gruppen, welche ihrer regionalen Herkunft und ihrer ideologischen Grundhalten sowie ihrer sozialen Zugehörigkeit nach als die Erben der ehemaligen "nationalen Bauern" anzusehen sind. Sie sind eben in jenen Gegenden, in welchen früher der "Landbund" stark war, von Bedeutung, im Salzburger Flachgau, in Oberösterreich, im Kärntner Zollfeld, im steirischen Ennstal und im niederösterreichischen Mostviertel. Die gruppenmäßige Zusammensetzung des Agrarklubs im Nationalrat läßt sich in folgender Weise darstellen⁶⁹⁾: 1 Vertreter der Kleinbauern und Häusler, 11 "Bauern"-Vertreter, 9 Vertreter der Bergbauern, 1 Vertreter des Großgrundbesitzes, 2 Weinbauern und 8 Agrarfunktionäre^{69a)}, diese sind Angestellte der Kammerorganisation bzw. des Bauernbundes bzw. 1 Vertreter der Molkereigenossenschaften. Die Agrarfunktionäre stehen jeweils wieder einer bestimmten Interessengruppe nahe, es sind davon 3 als Bergbauernvertreter, einer als Kleinbauernvertreter, einer als Großbauernvertreter und einer als "Bauern"-Vertreter anzusehen.

Tabelle O. Gruppenmäßige Zusammensetzung des Agrarklubs im Nationalrat

Stand: September 1969

	Nichtfunktionäre	Funktionäre	Zusammen	
Kleinbauern, Häusler	1	+ 1	1	6 %
Bauern	11	+ 2	13	40
Bergbauern	9	+ 3	12	38
Großgrundbesitzer	1	+ 1	2	6
Weinbauern)	2	+ 1	3	9
Kammer-und BB- Ang. Molkerei	8	davon: Kleinb. 1 Bergb. 3 Großg. 1 Weinb. 1 Bauern 2		
	32			100 % ^{x)}

x) Rundungsfehler

69) Vgl. Tabelle O

69a) Hier ist das Wort im Sinne von angestelltem Interessenvertreter verwendet, wie es international üblich ist; in Österreich werden, im Gegensatz dazu, die ehrenamtlichen Interessenvertreter "Funktionäre" genannt.

Wenn diese Funktionäre den Vertretern der einzelnen Gruppen zugezählt werden, ergibt dies folgende Zusammensetzung : 40 % Bauernvertreter, 38 % Bergbauernvertreter, 9 % Weinbauernvertreter und je 6 % Vertreter der Großgrundbesitzer bzw. der Kleinbauern und Häusler. Dazu ist festzustellen, daß traditionell bisher der Großgrundbesitz jeweils durch einen zweiten Abgeordneten (beide Abgeordnete waren jeweils ehemalige Adelige) vertreten war. Diese Verteilung läßt auf eine Unterrepräsentation der Kleinbauern und der "Bauern" schließen, bei gleichzeitiger Überrepräsentation der Großgrundbesitzer, der Bergbauern und der Weinbauern. Ein ähnliches Gleichgewicht zwischen Mittel- und Großbauern zwischen Mittel- und Großbauern und Bergbauern ergibt sich, wenn man die soziale Herkunft der Präsidenten der neun Landwirtschaftskammern betrachtet; ⁷⁰⁾ davon sind 6 Mittel- und Großbauern, 2 Bergbauern und 1 Weinbauer.

Tabelle P. Der zahlenmäßige Einfluß des ÖBB in den Landwirtschaftskammern und die Gruppenzugehörigkeit der Landwirtschaftspräsidenten.

Stand: September 1969

Bundesland	Präsident	Vizepräs.	Vizepräs.	(Stand Sept. 1966)	
				Zahl d. Kammer- räte	Zahl d. Kammerr. d. BB
Wien	Weinbauer	Gärtner	Weinbauer	20	16
NÖ.	Mittelbauer	Weinbauer	Bauer	32	30
OÖ.	Großbauer	Kleinbauer	Bergbauer	31	28
Salzbg.	Bergbauer	Bauer		31	25
Tirol	Bergbauer	Bauer		16	16
Vorarlberg	Bauer	Bergbauer		13	13
Kärnten	Bauer	Großgrundb.		24	13
Stmk.	Bauer	Waldbes.		39	33
Burgenland	Bauer	Weinbauer		32	22
				238	196

⁷⁰⁾ Vgl. Tabelle P.

Während der Bauernbund die Landwirtschaftskammern Österreichs vollkommen dominiert, entwickeln die Genossenschaften in zunehmendem Maße ein Eigenleben, was gelegentlich zu einem Interessengegensatz zwischen der Führung des ÖBB und den Leitern des Genossenschaftswesens führt.

Im Österreichischen Wirtschaftsbund stehen sich die Interessen der einzelnen Wirtschaftsgruppen gegenüber, vor allem die beiden mitgliedsstarken Sektionen des Handels und des Gewerbes ⁷¹⁾ sowie die besonders durch ihre Finanzierungsmöglichkeiten wichtigen Gruppen der Industrie und des Geld-, Kredit- und Versicherungswesens. Die Industrievertreter sind nur inso- weit sie Kammerfunktionäre oder öffentliche Mandatare des Wirtschafts- bundes sind, Mitglieder des ÖWB und damit der Partei. Die Interessen der Industriellen werden in erster Linie in einer von der Partei unabhän- gigen Organisation, der "Vereinigung österreichischer Industrieller" wahr- genommen. Wirtschaftliche Diskrepanz zwischen den Mitgliedern ist wohl bei keinem Bund so krass wie beim ÖWB. So kommen etwa 85 % der Gewerberentner nicht auf das in Österreich anerkannte Einkommensmini- mum, während am anderen Ende der Einkommensverteilung die Eigentümer der österreichischen Privatindustrie ebenfalls Mitglieder dieses Bundes sind. Interessengegensätze bestehen besonders zwischen Industrie und Handel, in der Frage der Zollsenkungen und der Ausgleichssteuern.

Tabelle Q. Soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft der Kammer der gewerblichen Wirtschaft ^{71a)}

Stand: 31. Dezember 1967

<u>Sektion</u>		
Gewerbe	132.822	30 %
Industrie	12.889	3 %
Handel	217.146	48 %
Geld-, Kredit- und Versicherungswesen	3.147	1 %
Verkehr	23.781	5 %
Fremdenverkehr	59.526	13 %

Quelle: Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft,
Mitgliederstatistik, Stichtag: 31. 12. 1967

71) Vergleiche Tabelle Q.

71a) Um einen richtigen Eindruck zu erhalten, muß beachtet werden, daß diese Tabelle die Doppelmitgliedschaften bei 2 und mehreren Sektionen (z. B. Gewerbe und Handel) nicht eigens ausweist.

Ein weiterer Gegensatz besteht zwischen dem Einzelhandel einerseits und den Kettenläden und Diskontern andererseits, sowie zwischen traditionellem Handel und dem Kolonnenhandel.

Zum Wirtschaftsbund gehören auch die freien Berufe, welche in 10 Kammern organisiert sind und in der Bundeskonferenz der Kammern der freien Berufe zusammengefaßt sind. Es sind dies die Kammern der Ärzte, der Architekten, der Apotheker, der Rechtsanwälte, der Zivilingenieure, der Wirtschaftstrehänder, der Notare, der Dentisten, der Patentanwälte und der Tierärzte.

Wenn man nun die gruppenmäßige Zusammensetzung des Wirtschaftsclubs im Nationalrat betrachtet,⁷²⁾ sieht man hier ebenfalls eine Vorrangstellung von und ein Gleichgewicht zwischen Handel und Gewerbe mit je 6 Abgeordneten, eine starke Vertretung der Industrieinteressen (4 Abgeordnete, rund 20 % der ÖWB-Abgeordneten), ein fast vollkommenes Fehlen der Vertreter des Geld- und Kreditwesens⁷³⁾ (was wohl darauf zurückgeführt werden kann, daß das Geldwesen seine Interessen auf dem Umweg über die Parteienfinanzierung auch ohne eigene Abgeordnete sehr wohl zu wahren weiß) und je 10 % Vertreter des Fremdenverkehrs und der freien Berufe. Die beiden Vertreter der freien Berufe können aber nicht als Interessenvertreter angesehen werden, da sie als Spitzenpolitiker für die Durchsetzung von Partikularinteressen wohl ausfallen müssen. Die Verteilung der Mandate, welche der Wirtschaftsbund zu vergeben hat, zeigt über die Mitglieder- und Wählerstärke hinaus den großen Einfluß der Vereinigung österreichischer Industrieller (rund 4 % der Mitglieder gegenüber 20 % der Abgeordneten) auf Kosten des Anteils der Vertreter des Handels und des Gewerbes. Die Kammerorganisation der Handelskammern ist in erster Linie in der Hand des Gewerbes und des Handels, die anderen Gruppen haben zum Teil sehr mächtige Organisationen außerhalb der Kammerorganisation, wie die schon erwähnte "Vereinigung österreichischer Industrieller", die "Vereinigung österreichischer Banken und Bankiers", die "Österreichische Sparkassenvereinigung" und die "Vereinigung der Versicherungsunternehmen".

72) Vgl. Tabelle R.

73) Ein Direktor einer Volksbank ist Mitglied des Nationalrates.

Tabelle R. Gruppenmäßige Zusammensetzung des Wirtschaftsbundklubs im Nationalrat

Stand: Juni 1969

Handel	6		29 %
Gewerbe	4	+ 2	29 %
Industrie	4		19 %
Geld- und Kreditwesen	1		5 %
Fremdenverkehr	2		10 %
Freie Berufe	2		10 %
Kammerangestellte (zu Gewerbe)	2		(10 %)
	21		100 %

Im ÖAAB ist die mitgliederstärkste Gruppe die der Angestellten im öffentlichen Dienst. Sie umfaßt 42 %.⁷⁴⁾ Unter den öffentlich Bediensteten ist die stärkste Gruppe wieder die der Beamten der Hoheitsverwaltung (24 %), eine weitere starke Gruppe die der Lehrer mit rund 8 %. Relativ schlecht dagegen sind unter den Mitgliedern des ÖAAB die Bediensteten der Bundesbahn, der Post- und Telegrafverwaltung sowie die Landes- und Gemeindebediensteten vertreten. Die nächstgrößte Gruppe ist die der Arbeiter mit 31 %. Hier sind wieder die größten Gruppen die der Bau- und Holzarbeiter mit 8,5 %, der Metall- und Bergarbeiter mit 6,5 % und der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter mit 4,6 %. Unterrepräsentiert in der Mitgliedschaft des ÖAAB sind unter den Arbeitern besonders die ungelernten Arbeiter. Die zahlenmäßig drittwichtigste Gruppe ist die der Privatangestellten mit 17 %. Hier sind vor allem die Angestellten der Pensionsversicherungsanstalten, der Krankenkassen, zahlenmäßig wichtig. Innerhalb des ÖAAB gibt es weiters 3 Arbeitsgemeinschaften, eine für die Bediensteten in der verstaatlichten Industrie, eine zweite für die Pensionisten und eine dritte, die Arbeitsgemeinschaft Hochschulen, für die Studenten.

74) Vgl. Tabelle S

Tabelle S. Zusammensetzung der Mitgliedschaft des ÖAAB nach sozialen Gruppen

Stand: 30.6.1965

		% gerundet (100 % = 240.375 Mitglieder)
Hoheitsverwaltung	57.842	24,0
Bundesbahn	3.172	1,3
Post- und Telegraphen	6.734	2,8
Gemeinde	6.657	2,7
Lehrer	18.951	7,9
Pensionisten	7.768	3,2
Öffentlicher Dienst	101.124	42,0
	=====	=====
Privatangestellte	37.124	15,5
Freie Berufe	1.814	0,7
Pensionisten	2.599	1,1
Privatangestellte	41.537	17,3
	=====	=====
Bau- und Holzarbeiter	20.421	8,5
Chemie	1.387	0,6
Graphik-Papier	896	0,4
Handel-Transport	4.261	1,8
Hotel- und Gastgewerbe	989	0,4
Lebens- und Genußmittel A.	4.939	2,0
Land- und Forstwirtschaft A.	11.024	4,6
Metall- und Bergarbeiter	15.826	6,5
Textil und Bekleidung	4.620	1,9
Persönl. Dienstleistungen	4.302	1,8
Pensionisten	5.452	2,3
Arbeiter	74.117	31,0
	=====	=====
Frauen im Haushalt	17.507	7,3
Studenten	765	0,3
Verschiedene	4.841	2,0
Pensionisten	484	0,2
Sonstige	23.597	9,8
	=====	=====
<u>insgesamt</u>	<u>240.375</u>	

Quelle: Bericht für den 10. Bundestag des ÖAAB (30.6.1965)

Tabelle T. Gruppenmäßige Zusammensetzung des ÖAAB-Klubs
im Nationalrat

Stand: Juni 1969

Beamte (öff. Bedienstete)	<u>19</u>	(= 60 %)	
Bundes- Hoheitsverwaltung	5	<u>13</u>	(= 41 %)
		Staatsanwaltschaft	2
		Ministerialbürokr.	1
		Finanzamt	1
		Hochschulverw.	1
Lehrer	4	Volksschule	1
		Hauptschule	1
		Gymnasium	2
Sonstige	4	Polizei	1
		Gendarmerie	1
		Bundesbahn	1
		Post	1
Landes-	5	(= 15,5 %)	
Gemeinde	1	(= 3,1 %)	
Funktionäre von Interessenvertretungen	7	(= 22,2 %)	
		Sozialversicherungsträger	3
		Gewerkschaft	3
		Arbeiterkammer	1
Privatangestellte	4	(= 12,5 %)	
Industriefacharbeiter	1	(= 3,1 %)	
Landarbeiter	<u>1</u>	(= 3,1 %)	
	32	(= 100 %)	

Dieser Verteilung der Mitgliederschaft steht folgende gruppenmäßige Zugehörigkeit der Abgeordneten des ÖAAB-Klubs im Österreichischen Nationalrat gegenüber: ⁷⁵⁾ 60 % der Abgeordneten sind öffentlich Bedienstete, rund 20 % Funktionäre von Interessenvertretungen, wie Gewerkschaft, Arbeiterkammer und Sozialversicherungsträger, 4 Abgeordnete

75) Vgl. Tabellen S und T

sind Privatangestellte und je einer Industriefacharbeiter und Landarbeiter. Die Beamtenvertreter, insgesamt 19, setzen sich wieder zusammen aus 13 Bundesbeamten, 5 Landesbeamten und 1 Gemeindebeamten. Unter den 13 Bundesbeamten sind 5 Beamte der Hoheitsverwaltung, 4 Lehrer und je 1 Angehöriger der Polizei, der Gendarmerie, der Bundesbahn und der Post. Die Lehrer teilen sich auf 2 Mittelschullehrer, 1 Hauptschullehrer und 1 Volksschullehrer auf. Die 5 Abgeordneten, welche in der Hoheitsverwaltung tätig waren, sind 2 Staatsanwälte, 1 Mitglied der Ministerialbürokratie, 1 Finanzbeamter und 1 Beamter der Hochschulverwaltung. Aus diesem Vergleich zwischen der Mitgliederstruktur und der Struktur des ÖAAB-Klubs ergibt sich wohl am besten die Diskrepanz zwischen dem Anspruch, eine allgemeine Arbeitnehmervertretung zu sein, und der tatsächlichen Funktion als "Beamtengewerkschaft". Stark unterrepräsentiert sind sowohl die Arbeiter als auch die nicht im öffentlichen Dienst beschäftigten Angestellten.

Selbst wenn man die meisten Arbeitnehmerfunktionäre als Arbeitervertreter ansieht, ⁷⁶⁾ ergibt dies erst einen Prozentsatz von etwa 20 gegenüber dem Anteil der Arbeiter an der Mitgliedschaft des ÖAAB von über 30 %, und einem Anteil der Arbeiterschaft an der berufstätigen Bevölkerung von fast 45 %. ⁷⁷⁾ Gelegentliche Spannungen sind zwischen den Beamtenvertretern und den Vertretern der Arbeiter und Privatangestellten festzustellen, welche auch unter dem Namen "Fraktion christlicher Gewerkschafter" im Österreichischen Gewerkschaftsbund als Fraktion der ÖVP tätig sind. Durch die doppelte Minoritätssituation sowohl innerhalb des Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterkammern als auch im ÖAAB ist diese Gruppe in ihren Handlungsmöglichkeiten etwas eingeschränkt.

76) Zwei der Funktionäre der Interessenvertretungen sind eindeutig Angestelltenvertreter.

77) Vgl. "Ergebnisse der Volkszählung vom 21. 3. 1961," Heft 11, Tab. 10 und H. Hansluwka, "Österreichs Bevölkerung im Spiegel der Volkszählung 1961", Wien 1964.

Formen der Interessenaggregation innerhalb der Partei

Die Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Bündnen erfolgt statutengemäß entsprechend dem Aufbau der Partei, nach dem die Kompetenzen der Entscheidungsgremien auf den einzelnen Ebenen der Organisation geregelt sind, also der Sektions-, der Gemeinde-, der Bezirks-, der Landes- und der Bundesebene.

Die personelle Zusammensetzung der Führungsgremien entspricht im allgemeinen in etwa der sozialen Zusammensetzung der geographischen Einheit mit der in den früheren Kapiteln bereits geschilderten charakteristischen Überrepräsentation der Selbständigen in Gewerbe, Handel und Industrie einerseits und Landwirtschaft andererseits auf Kosten der unselbständig Erwerbstätigen. Die Vorsitzenden jedes Parteigremiums werden in den höheren Ebenen in erster Linie nach persönlicher Eignung, in den unteren Ebenen vor allem nach Zugehörigkeit zu einem bestimmten Bund oder zu einer bestimmten sozialen Gruppe ausgewählt. Es ist dabei die Regel, daß jeweils die vier Stellvertreter eines Vorsitzenden die drei Obmänner der drei Bünde und die Vorsitzende der Frauenbewegung der entsprechenden Gebietseinheit ist. Zu diesem Stellvertretersystem kommt noch ein Kooptationsmechanismus, welcher alle politischen Mandatare, die einem bestimmten Bund oder einer bestimmten Regionaleinheit angehören, in das entsprechende Entscheidungsgremium aufnimmt und dadurch ohne Wahl kooptiert.

Auf der obersten Ebene entscheidet die Bundesparteileitung bzw. in dringenden und in Routinefällen ein Ausschuß, der Bundesparteivorstand. In der Zeit der Koalitionsregierung mit der SPÖ waren von besonderer Wichtigkeit die Mitglieder des sogenannten Koalitions (später Arbeits-) Ausschusses. Unter der Regierung von Bundeskanzler Raab wurde ein Großteil der Entscheidungen vom Bundesparteiobermann (Raab) allein autoritär getroffen. Seit 1961 trat die Bedeutung der Landesparteiobermänner vor allem der westlichen und südlichen Bundesländer Österreichs stärker hervor, seit dem Wahlsieg von 1966 fallen die wichtigsten Entscheidungen in den Sitzungen der sogenannten "Großen Fünf" (Bundeskanzler-Bundesparteiobermann, Generalsekretär - Klubobermann, und den drei bündischen Obmännern), zu den in allen finanziellen Fragen noch der Finanzminister hinzu-

kommt. Darin zeichnet sich ein Verlust des früheren Einflusses der Landeshauptleute bzw. Landesparteiobermänner ab. Dieses Gremium der "Grossen Fünf" entscheidet die "grossen politischen Fragen". Sozusagen als Unterausschuss dieses Fünfergremiums für die taktischen und personalpolitischen Fragen funktioniert ein Viererkomitee, bestehend aus dem Generalsekretär der Partei, welcher derzeit gleichzeitig Klubobmann der ÖVP im Parlament und Vizekanzler ist, und den Generalsekretären der drei Bünde. Auf Initiative des Bundesobmanns des ÖAAB kam es neuerdings auch zu Treffen der "grossen Drei" (der Obermänner der drei Bünde) allein, dies ist ein Anzeichen für die Schwäche der Regierung und die Unzufriedenheit der Bünde mit der Regierungsführung. Derartige Besprechungen gaben in der Vergangenheit gelegentlich den Anstoss für die Ersetzung der Parteispitze und damit gleichzeitig der Regierungsspitze.

Der Entscheidungsmodus im Nationalratsklub ist folgender Art: Der Klubobmann hat allein die Initiative, er berichtet von den Präsidialsitzungen des Parlaments und trifft mit oder ohne ausdrückliche Zustimmung des Klubs die wichtigsten Entscheidungen. Abstimmung ist nur auf ausdrückliches Verlangen üblich und geschah in den letzten beiden Legislaturperioden erst zweimal, wobei allerdings jedesmal ein Vorschlag des Klubobmanns abgelehnt wurde. Es war dies einmal der Vorschlag der Wahl eines Abgeordneten der FPÖ zum Präsidenten des Rechnungshofes und ein Antrag auf Auslieferung eines Abgeordneten der ÖVP an das Gericht. △

Wo ist die Partei mehr als die Summe der Bünde ?

In der Struktur und in der Mitgliedschaft ist die Partei vor allem durch das beschriebene Stellvertreter- und Kooptationssystem eine Form der Verklammerung der selbständigen Organisation der drei Bünde, deren jeder für sich selbständige Rechtspersönlichkeit als Verein hat, während die Partei selbst kein Verein ist, sondern rechtlich nicht erfaßt ist, da die ÖVP so wie auch die beiden anderen 1945 gegründeten österreichischen Parteien, die SPÖ und die KPÖ, vor der Unabhängigkeitsklärung Österreichs gegründet wurden und somit als Gründungsorgane des Staates gar nicht nach Vereinsrecht registriert werden konnten.⁷⁸⁾ Dies wurde auch später nicht nachgeholt.

Es wäre hier die Frage zu stellen, auf welchen Gebieten die Partei mehr ist als die bloße Summe der Bünde ?

Hier ist zuerst der Wille zu nennen, jeweils die Wahlen zu gewinnen. Dies bedeutet eine gewisse Einschränkung der Aktionsmöglichkeiten der Bünde, ihre Partikularinteressen zu vertreten, da ohne die Rücksichtnahme auf die Interessen der Wählermassen die Stimmenmehrheit nicht zu gewinnen ist. Ein weiteres Gemeinsames in der Partei ist die Regierungserklärung und ihre Verwirklichung, weiters gewisse Personalentscheidungen, wie die Wahl des Bundesparteiobmannes und des Generalsekretärs und auch mancher Landesparteiobmänner und -sekretäre.

Auf den Ebenen des Bundes, des Landes und des Bezirks besitzt die Partei einen von den Bündeln unabhängigen und verschiedenen Funktionsapparat mit hauptamtlichen Angestellten. Auf der untersten Ebene der Organisation gibt es - zumindest in Wien - ein Abkommen zwischen den Bündeln, wonach die Bünde auf eine Organisation ihrer Gruppen auf der untersten Ebene zugunsten einer Gesamtparteiorganisation verzichten. Eine weitere organisatorische Klammer

78) Lt. Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 8. März 1957 (1 Ob 122/47) sind "die politischen Parteien, soweit sie in den gesetzgebenden Körperschaften durch Mandatäre vertreten sind, als Körperschaften des öffentlichen Rechts "sui generis" anerkannt." (Siehe L. Adamovich, Handbuch des österreichischen Verwaltungsrechts, II. Bd., Wien 1958, Seite 46.)

ist die Parteifinanzierung: 10% der Einkommen der Bünde gehen an das Generalsekretariat. Ausserdem wird die Partei auch direkt durch Spenden finanziert, besonders für Wahlzwecke. Zur gemeinsamen Grundlage der Partei gehört weiters eine gewisse weltanschauliche Fundierung, die man - mit Einschränkungen - als katholisch und österreichisch bezeichnen kann. Schliesslich ist die Kulturpolitik ein Gebiet, auf dem die Politik der Bünde durch eine gemeinsame Parteipolitik überhöht wird. Das Unterrichtsressort hat als einziges ÖVP-Ministerium keine bündische Kontrolle.^{78a)} Schliesslich gehört zur gemeinsamen Basis der Partei die Ausgleichsbereitschaft, ein grundsätzliches Einverständnis, alle Probleme intern zu lösen unter Verzicht auf ausserhalb der Partei stehende Bundesgenossen. Dies ist vor allem eine Beschränkung der Handlungsfreiheit des ÖAAB (welcher zusammen mit den Arbeitnehmervertretern der SPÖ jeweils eine absolute Mehrheit im Parlament hätte). Gelegentlich gab es auch ein taktisches Einverständnis zwischen dem ÖBB und der SPÖ, besonders während einer Regierungsbildung. Es ist aber noch nie in der 25-jährigen Geschichte der Republik nach dem 2. Weltkrieg vorgekommen, dass ein Teil der Partei im Parlament oder in einem Landtag mit anderen Parteien gegen den Rest der eigenen Fraktion gestimmt hätte.^{78b)}

78a) In der Alleinregierung der ÖVP seit 1966 gilt dies auch für die früher sozialistischen Bundesministerien für auswärtige Angelegenheiten und für Justiz.

78b) Dies ereignete sich ein einziges Mal, und zwar als die 3 Vorarlberger Abgeordneten der ÖVP in der Frage des arbeitsfreien und bezahlten Nationalfeiertags mit der FPÖ stimmten.

Föderalismen und Regionalismen

Neben den bündischen Interessengegensätzen ist die wichtigste Fraktionsbildung jene der Landesparteien der einzelnen Bundesländer für ihre föderalistischen bzw. regionalen oder lokalen Interessen.

Seit 1945 sind diesbezüglich drei grosse Perioden zu unterscheiden: Zunächst die Ära Figl - Raab, welche durch das Vorherrschen der niederösterreichischen und Wiener Politiker gekennzeichnet war, mit einzelnen Repräsentanten anderer Bundesländer in Wien. Diese Zusammensetzung der Regierung kam dadurch zustande, dass die sowjetische Besatzungsmacht in Wien eine, schliesslich auch von den drei westlichen alliierten Regierungen anerkannte, Regierung einsetzte, welche nach der Wiederherstellung der Verbindungen zwischen der sowjetischen und den drei westlichen Besatzungszonen nur einzelne Vertreter der westlichen Bundesländer in das Kabinett aufnahm, da zunächst politische und Verkehrsschwierigkeiten einen sehr wesentlichen Einfluss auf die Zusammensetzung der Regierung hatten. In dieser Zeit, welche von 1945 - 1961 ⁷⁹⁾x) war, Niederösterreich durch den Bundeskanzler und jeweils einen weiteren Minister vertreten, Wien jeweils durch drei Minister bzw. zwischen 1956 und 1959 durch zwei Minister und einen Staatssekretär. Unter den anderen Bundesländern war nur Tirol die ganze Zeit über vertreten, Vorarlberg und die Steiermark nur während eines Teils dieser Periode. Tirol stellte von 1945 - 1953 den Aussenminister und von 1953 - 1961 einen Staatssekretär im Ministerium für Äusseres. Diese Rücksicht auf Tirol wurde vor allem in Hinsicht auf die österreichische Südtirolpolitik genommen. Vorarlberg war von 1949 - 1953 in der Regierung durch einen Minister, von 1956 an durch einen Staatssekretär im Innenministerium vertreten, die Steiermark stellte von 1949 - 1959 zwei Minister. Der Staatssekretär im Innenministerium war wohl von 1945 - 1961 gebürtiger Kärntner, übte aber gleichzeitig ein Bundesratsmandat des Bundeslandes Niederösterreich aus, war in Wien wohnhaft und musste von seiten des Bundeskanzlers der Kärntner Parteispitze jeweils

79) Vgl. Tabelle U

x) währte

Tabelle U Aufteilung der ÖVP-Regierungsposten nach
Bundesländern seit 1945

Regierungen	W	NÖ	OÖ	S	T	V	St	K	B
Figl I 45-49	3 M	Kz 1 M	-	-	1 M	-	-	1 St	-
Figl II 49-53	3 M	Kz 1 M	-	-	1 M	1 M	2 M	1 St	-
Raab I 53-56	3 M	Kz 1 M	-	-	1 St	1 St	2 M	1 St	-
Raab II 56-59	2 M 1 St	Kz 1 M 1 St	-	-	1 St	1 St	2 M	1 St	-
Raab III 59-61	3 M	Kz 1 M	-	-	1 St	1 St	-	1 St	-
Gorbach I 61-63	2 M	1 M	1 St	1 M	1 St	-	Kz	1 M	-
Gorbach II 63-64	3 M	1 M	2 St	-	2 St	1 St	Kz	1 M	1 St
Klaus I 64-66	2 M	1 M	1 St	Kz	1 St	1 St	1 M	1 M	1 St
Klaus II 1 66-68	4 M	1 M 1 St	1 M	Kz 1 M	1 M	1 St	1 M	2 M	1 St
Klaus II 2 68-70	3 M 1 St	V 3(4) M 1 St	1 M	Kz	-	1 St	(1 M)	2 M	1 M

Kz = Bundeskanzler
V = Vizekanzler
N = Bundesminister
St = Staatssekretär

Bundesländer :
W = Wien
NÖ = Niederösterreich
OÖ = Oberösterreich
S = Salzburg
T = Tirol
V = Vorarlberg
St = Steiermark
K = Kärnten
B = Burgenland

als Kärntner aufoktroziert werden. Er ist daher nicht als Vertreter eines Bundeslandes anzusehen. In dieser Periode waren also die Bundesländer Oberösterreich, Salzburg, Kärnten und Burgenland in der Regierung überhaupt nicht, Vorarlberg und die Steiermark nur teilweise vertreten. Die Regierung wurde sonst ausschliesslich von Wienern und Niederösterreichern und einem Tiroler Vertreter gebildet.

Die darauf folgende Periode von 1961 - 1966 ist als die "Zeit der Reformer" durch eine Verlagerung des politischen Schwerpunkts innerhalb der ÖVP in die südlichen und westlichen Bundesländer gekennzeichnet. Es ist dies die Regierungszeit der Koalitionsregierungen Gorbach und Klaus. Es wurde dabei ein genauer föderalistischer Proporz bei der Regierungsbildung eingehalten und darauf gesehen, dass jedes Bundesland mindestens durch einen Minister oder durch einen Staatssekretär vertreten ist. Den Bundeskanzler stellte von 1961 - 1964 die Steiermark, von 1964 - 1966 Salzburg. Wien stellte zwei Minister bzw. von 1961 - 1963 drei Minister, Niederösterreich einen Minister, Oberösterreich einen Staatssekretär bzw. von 1961 - 1963 zwei Staatssekretäre. Salzburg war 1961 - 1963 durch den Finanzminister, 1963 und 1964 nicht und von 1964 - 1966 durch den Bundeskanzler vertreten, Tirol stellte einen Staatssekretär, von 1961 - 1963 zwei Staatssekretäre, Vorarlberg war in der Regierung Gorbach I (1961 - 1963) nicht vertreten und stellte ab 1963 einen Staatssekretär, die Steiermark stellte von 1961 - 1964 den Bundeskanzler, ab 1964 einen Bundesminister, Kärnten einen Minister und das Burgenland war bis 1963 nicht und ab 1963 durch einen Staatssekretär vertreten.

Als dritte Periode ist die Zeit der Alleinregierung der ÖVP mit dem Zurücktreten des Einflusses der Landesparteien zu bezeichnen. Kennzeichnend dafür ist das, trotz des Protests der Tiroler Landespartei, erfolgte Ausscheiden des Innenministers, eines Vertreters des Bundeslandes Tirol, aus der Regierung. Es blieben aber doch auch in dieser Zeit ab 1966 die meisten Bundesländer in der Regierung vertreten, obwohl 1968 der Tiroler Minister und 1969

der steirische Minister aus der Regierung ohne Ersatz durch ein Regierungsmitglied des gleichen Bundeslandes ausschieden.

Bei der Entsendung von Politikern in die Bundesregierung ist weiters zu beachten, dass einige Bundesländer nicht ihre Spitzenpolitiker in die Bundesregierung entsenden. Das trifft auf Vorarlberg, Tirol, die Steiermark, teilweise auch auf Salzburg und Oberösterreich zu. Ein Sonderproblem ist Kärnten, wo die ÖVP auf Landesebene in Opposition steht, dadurch werden die Kärntner Spitzenpolitiker der ÖVP für Regierungsfunktionen frei. Die Aufnahme von Wienern als Mitglieder in die Bundesregierung war meistens als eine Aufnahme von Fachleuten politisch für das Gewicht der Wiener Landespartei in der Bundespolitik wenig ausschlaggebend. Mit Ausnahme des Ministers Hurdes (1945 - 1952) hatte keiner der Wiener Minister eine stärkere politische Verankerung in der Parteistruktur der ÖVP Wien. Dadurch entsteht eine Benachteiligung der Wiener Landespartei, welche die früher festgestellte Regierung der Bundesländer durch die Zentrale in Wien heute umkehrt. Zahlenmässig sind die Parteiorganisationen der Bundesländer Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark und Wien mit 39, 20, 13 und 9 % der Mitglieder⁸⁰⁾ die bedeutendsten.

Von den Bünden ist der ÖAAB am stärksten in Niederösterreich (32 %), Wien (20 %) und Oberösterreich (14 %) vertreten, der ÖBB in Niederösterreich (43,5 %), in Oberösterreich (29,5 %) und mit Abstand in der Steiermark (12 %). Der ÖWB hat seine grössten Landesorganisationen in Niederösterreich (25 %), in der Steiermark (15 %) und in Wien (18 %). Da die Zahl der einem Bundesland bzw. einem Wahlkreisverband zustehenden Abgeordneten gesetzlich geregelt ist, kann aus der Stärkeverteilung kein Schluss auf die Stärke und Durchsetzungskraft einer Landespartei gezogen werden. Gelegentlich kann von einer Koalition der Landesparteführungen von Steiermark, Tirol, Salzburg, oft auch Oberösterreich und Vorarlberg, gegen die Landesparteien der östlichen Bundesländer gesprochen werden. Hier ist der Gegensatz zwischen den sogenannten Alpen- und Donauösterreichern in vielen Entscheidungen wirksam. In den weiteren Abschnitten wird noch zu klären sein,

80) Vgl. Tabelle W

Tabelle V Bündische Zusammensetzung der ÖVP-Fraktionen
der Landtage

Stand: März 1968

Landtag	Gesamt- mitglieds- zahl	ÖVP Fraktion	ÖAAB	ÖWB	ÖBB
Wien	100	35	20	14	1
Niederösterreich	56	31	9 +)	7	15
Oberösterreich	50	31	7	5	10
Salzburg	32	15	7 +) ++)	3	5
Tirol	36	25	8	8	9
Vorarlberg	36	20	8 ++)	7	5
Kärnten	36	12	5 +)	3	4
Steiermark	56	29	10 ++)	6	13
Burgenland	32	15	5 ++)	4	6
Summe	434	214	63 o) oo)	57	68
Vergleich 1960 +++)	434	197	60	59	78

- +) davon 1 Landtagsabg. als Vertreter der ÖJB
 ++) davon 1 Landtagsabg. als Vertreterin der ÖFB
 o) davon 3 Landtagsabg. als Vertreter der ÖJB
 oo) davon 4 Landtagsabg. als Vertreterinnen der ÖFB
 +++)) aus W. Oberleitner, Politisches Handbuch d. Rep. Österreich,
 Wien 1960.

Tabelle W Aufteilung der Mitgliederzahlen der ÖVP und ihrer
Bünde nach Bundesländern

Stand: 1. V. 1968

Bundesland	ÖAAB (NR-Abg.)	% (ger.)	ÖBB (NR-Abg.)	(ger.)	ÖWB (NR-Abg.)	(ger.)	ÖVP (NR-Abg.)	(ger.)
Wien	54.190 (10)	20	4.192 (0)	1	15.222 (6)	18	73.604 (16)	10
N.Ö.	86.971 (5)	32	77.595 (9)	43,5	21.272 (4)	25	285.838 (18)	37
Q.Ö.	37.834 (5)	14	119.963 (5)	29,5	8.809 (4)	10	166.606 (14)	22
Salzburg	12.000 (1)	4,5	15.202 (2)	3,5	5.524 (1)	6,5	32.726 (4)	4
Tirol	16.632 (2)	6	20.222 (4)	5	8.640 (2)	10	45.494 (8)	6
Vorarlberg	5.413 (1)	2	4.083 (1)	1	2.877 (1)	3,5	12.373 (3)	1,5
Steiermark	32.439 (5)	12	49.100 (7)	12	12.187 (2)	15	93.726 (14)	12,5
Kärnten	11.359 (2)	4	7.020 (3)	1,7	5.974 (0)	7	24.353 (5)	3,5
Burgenland	8.735 (1)	3	9.556 (1)	2,3	3.845 (1)	5	22.136 (3)	3
	265.573 (32)	100	406.933 (32)	100	84.353 (21)	100	756.859 (85)	100
	dav. 5% Fam. Mitgl. x)		dav. 50% Fam. Mitgl. x)		dav. 25% Fam. Mitgl. x)			
Stamm. mitgl.	252.295		203.467		63.265		519.027	

x) Schätzung auf Grund der Zahlen für einige Bundesländer

Quelle: Bundesorganisationsreferat der ÖVP, 1968
für ÖWB: Gen. Sekretariat d. ÖWB, 1969

inwieweit politische Tendenz und Herkunft aus einem bestimmten Bundesland gleichlaufende Erscheinungen sind.

Politische Tendenzen

Unter politischen Tendenzen sollen hier alle jene Haltungen und die darauf basierenden Gruppenbildungen und Auseinandersetzungen verstanden werden, welche, ohne eine starke organisatorische Verankerung zu kennen, einen Grundzug des politischen Handelns betonen. Hierher gehören alle ideologisch akzentuierten Gruppierungen, die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religionsgemeinschaft, das Verhältnis zur Österreichischen Nation und zum Deutschtum, zur Neutralität, zur Vereinigung Europas und zur Ostpolitik, weiters eine konservative bzw. progressive oder reaktionäre Grundhaltung in politischen Fragen und schließlich eine besonders für Österreich sehr wichtige Erscheinung, der Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen, in denen die politische Sozialisation der Staatsbürger, besonders in ihrer Jugend, stattfindet.

Diese Gruppen werden im folgenden "Sekundärgruppen politischer Sozialisation" genannt. Es handelt sich bei ihnen vor allem um Jugend- und Studentenorganisationen. Zum Unterschied von der bündischen und föderalistischen Zugehörigkeit ist hier keine deutliche Organisation oder Strukturierung der eine Tendenz gemeinsam verfechtenden Politiker festzustellen. Es handelt sich vielmehr um lose Gruppen, welche auf den verschiedensten Ebenen des politischen Lebens durch gemeinsame Grundhaltungen und Überzeugungen konstituiert werden.

Die Katholische Kirche und die Katholiken

An erster Stelle stehen hier die römisch-katholische Kirche und die zahlreichen katholischen Organisationen in einem Land, in dem 89 %⁸¹⁾ der Einwohner der katholischen Kirche angehören. Hier ist zunächst der Einfluß der Kirche, welche in ihren Amtsaufgaben durch die Bischöfe repräsentiert ist, und die Interessen der zahlreichen katholischen Organisationen zu unterscheiden, welche teils offizieller Bestandteil der organisierten Kirche, teils private Vereinigungen einzelner Katholiken darstellen. Die offizielle Amtskirche wendet ihre Aufmerksamkeit besonders den traditionellerweise in Konkordaten behandelten Materien zu: dem Unterrichtswesen und dem Religionsunterricht, der Ehe und der Strafrechtsgesetzgebung und konfessionellen Forderungen im engeren Sinn, welche sich aus der Rechtsstellung der Kirche und ihrer Organe im staatlichen Leben ergeben. Von Bedeutung war in der Vergangenheit auch die in der Zwischenzeit positiv gelöste Frage der Subventionierung der katholischen Pflicht- und Mittelschulen aus öffentlichen Mitteln.

Die zur Zeit der christlich-sozialen Partei bestehende Identifikation zwischen Partei und Kirche wurde ersetzt durch die Formel von der positiven Zusammenarbeit von Kirche und Staat. Dieser Veränderung entsprechende Maßnahmen waren das Verbot der politischen Betätigung der katholischen Priester (1933, wiederholt 1945), die Aufgabe der Bezeichnung "christlich" im Namen der Partei und ein Verzicht auf die Verwendung christlicher oder konfessionell motivierter Auseinandersetzungen im politischen Tagesstreit, etwa im Wahlkampf. Diese Entwicklung hat zwischen der katholischen Kirche und der ÖVP eine gewisse Entfremdung geschaffen, welche noch besonders dadurch betont wurde, da es katholische Kreise gab, welche mit diesem Rückzug der Kirche aus der Tagespolitik nicht einverstanden waren. Diese Kreise werden Vertreter des politischen Katholizismus genannt und sind organisatorisch in etwa in der "Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände" (AKV) zusammengefaßt, dessen wichtigster der "Österreichische Cartellverband" (ÖCV) ist.

81) Die konfessionelle Aufteilung der österreichischen Bevölkerung nach der Volkszählung von 1961 ist folgende: Röm.-Katholische 89 %, Protestanten 6,2 %, Juden 0,16 %, andere Minderheiten 0,84 %, ohne religiöses Bekenntnis 3,8 %. (Vgl. "Ergebnisse der Volkszählung vom 21.3.1961," Heft 13, Tab. 17, S. 70).

Diese Arbeitsgemeinschaft wurde als Gegenorganisation gegen die von den Bischöfen gegründete und unterstützte "Katholische Aktion" (KA) gegründet und trat wiederholt mit konfessionellen und personalpolitischen Forderungen in die Öffentlichkeit. Gelegentlich wurde auch bei Wahlen von dieser Seite das Argument "Katholiken wählen nur Katholiken" eingeführt.

Diese Bestrebungen des politischen Katholizismus haben in der letzten Zeit eine Abnahme erfahren, da sich die Befürchtungen der politischen Katholiken, die neutrale Haltung der Kirche würde zu einem Erdrutsch der Katholiken in Richtung auf die Sozialistische Partei Österreichs führen, nicht erfüllte. Der überwiegende Teil der Katholiken gehört, wenn er politisch tätig ist und bei Wahlen, zu den treuen Parteigängern der ÖVP. Die SPÖ zählt kaum praktizierende Katholiken zu ihren Führern und Funktionären. Durch die Ereignisse des II. Vatikanums fand die bisherige österreichische Entwicklung des Verhältnisses Kirche und Politik ihre Bestätigung. Die Auseinandersetzung über den theoretischen Standort der Kirche in der Politik fand in einer Auseinandersetzung im Mai des Jahres 1966 einen Höhepunkt, als Bundeskanzler Klaus als Leiter einer erstmalig nur aus ÖVP-Politikern zusammengesetzten Regierung feststellte, dass Österreich nun zum ersten Mal seit Jahrzehnten wieder eine katholische Regierung besitze. Am nächsten Tag stellte der Erzbischof von Wien, Kardinal König, in einer Rede fest, dass eine katholische Regierung eine *contradictio in adiecto* sei, da nur Personen und nicht Institutionen als katholisch bezeichnet werden können. Der Kontakt zwischen der Amtskirche und der ÖVP war seit 1945 durch ein Kontaktkomitee geregelt, welches unter dem Vorsitz des jeweiligen Unterrichtsministers und unter Teilnahme des Präsidenten und des Geistlichen Assistenten der Katholischen Aktion und des Sekretärs der Bischofskonferenz die Fragen behandelte, an denen die katholische Kirche interessiert war. Seit der Amtszeit des Ministers Piffl war die Konsultation der Kirche über das "Kontaktkomitee der Katholischen Aktion mit katholischen Politikern" nicht mehr üblich. In letzter Zeit wird diese Funktion eher von persönlichen Kontakten und auch von gemeinsamen Abendessen der Bischofskonferenz mit der Bundesregierung auf Einladung des Bundeskanzlers erfüllt. Es kann wohl mit Sicherheit angenommen werden, dass

die Funktionen des Unterrichtsministers, des Vorsitzenden des parlamentarischen Unterrichtsausschusses und des Leiters des Kultusamts im Unterrichtsministerium wohl nur nach Konsultierung und Zustimmung der kirchlichen Stellen besetzt werden bzw. von vorneherein nur Kandidaten vorgeschlagen werden, von denen ihre kirchliche Gesinnung bekannt ist. Fast alle wichtigen Politiker der ÖVP gehören der röm. katholischen Kirche an. Ein grosser Teil davon sind praktizierende Katholiken. Innerhalb der Regierung stellten und stellen die Katholiken (mit Ausnahmen) die gesamte ÖVP-Fraktion. Sämtliche Landeshauptleute, welche die ÖVP stellt sind bekannte Katholiken. Im Parlament gehören von den 85 Abgeordneten der ÖVP-Fraktion 59,⁸²⁾ d. s. rund 70 ^o | o, katholischen Organisationen an. Von den 26 anderen ist wohl ebenfalls anzunehmen, dass der Gross- teil - zumindest nominell - der röm. katholischen Kirche angehört.

82) Vgl. Tabelle Y

Tabelle X

Zugehörigkeit der ÖVP- Landeshauptleute bzw. - Stellvertreter zu den
"Sekundärgruppen politischer Sozialisation"

Landeshauptm. bzw. -Stellv.	1946	1956	1962	1968
Wien	RB ^{x)} → RB ^{x)}		RB ^{x)}	CV ^{x)}
Niederösterreich	K	K	CV	K
Oberösterreich	CV →	CV →	CV →	CV
Salzburg	K	CV →	CV	NL
Tirol	CV	K	CV	K
Vorarlberg	K →	K →	K	K
Steiermark	K	K →	K →	K
Kärnten	nat ^{x)}	nat ^{x)}	nat ^{x)}	nat ^{x)}
Burgenland	CV	K	K	ev ^{x)}

→ bedeutet dieselbe Person

x) die SPÖ stellt den Landeshauptmann, die ÖVP einen Landeshptm. Stellv.

CV = Cartellverband
 RB = Reichsbund
 NL = Neuland
 K = sonstige Katholiken
 ev. = evangelisch
 nat = Nationaler

Die Bünde der ÖVP haben zwar offiziell keine definierte Haltung zu religiösen oder konfessionellen Fragen, doch können in der Einstellung der Vertreter der Bünde zu diesem Problemkreis deutliche Unterschiede festgestellt werden. Der ÖAAB ist in ideologischer Hinsicht der Nachfolger der alten christlich-sozialen Partei, er tritt für eine theoretisch aus der katholischen Soziallehre abgeleiteten Sozialreform ein. Der Ort dieser programmatischen Bemühungen war und ist das früher von dem Abgeordneten Dr. Karl Kummer geleitete "Institut für Sozialpolitik" in Wien. Von den 32 Nationalratsabgeordneten des ÖAAB stammen 31 aus katholischen Organisationen ⁸²⁾. Im ÖBB ist es "selbstverständlich", katholisch zu sein. In ihm ist ein nicht besonders artikuliertes Traditions- und Milieuchristentum vorherrschend, welches wenige Folgerungen programmatischer Art für die Politik aus der Soziallehre der Kirche ableitet. Von den 32 Abgeordneten des ÖBB im Nationalrat stammen 18 aus katholischen Organisationen, d. s. 56 % ⁸²⁾, das ist ein erstaunlich geringer Anteil. Der ÖWB, in konfessioneller Hinsicht reserviert, besitzt einen starken liberalen Flügel. Von den 21 Parlamentsabgeordneten, die er stellt, kommen 10 aus katholischen Organisationen. Das ist im Vergleich zum ÖAAB und zum ÖBB ein geringer Anteil der Katholiken.

Regional ist der Anteil der Katholiken an den Mitgliedern und Funktionären der ÖVP am stärksten in den Bundesländern Tirol und Vorarlberg sowie in Nieder- und Oberösterreich. Am relativ schwächsten ist er dagegen in Kärnten.

Nach der sozialen Gruppenzugehörigkeit sind die Katholiken innerhalb der ÖVP vor allem bei den Intellektuellen, den Beamten und den Bauern zu finden.

Die Protestanten

Die Zahl der Protestanten in Österreich hat durch Zuwanderung von Volksdeutschen und Deutschen aus dem Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches gegenüber der Vorkriegszeit eine Verdoppelung erfahren. ⁸³⁾ Derzeit beträgt der Anteil der Protestanten an der

⁸²⁾ Vgl. Tabelle Y

⁸³⁾ Volkszählung 1934: 278.661 Protestanten (3.4%), Volkszählung 1951: 429.493 Protestanten (6.2%), Volkszählung 1961: 438.663 Protestanten (6.2%), davon 423.285 Augsburger Bekenntnisses (Lutheraner) und 15.378 Helvetischen Bekenntnisses (Kalvinisten).

Tabelle Y. Zusammensetzung der ÖVP-Fraktion und der bündischen Arbeitsgemeinschaften des Nationalrats nach der Herkunft aus den "Sekundärgruppen politischer Sozialisation".

Stand: Juni 1969

Sozialisationsgruppe	85	A 32	B 32	W 21
CV	19	9	4	6
MKV	1	-	-	1
Adel	2 xx)	-	2 xx)	-
Kolping	2	1	1	-
Reichbund	20	14	5	1
KA	5 xx)	3	1 xx)	1
s. Kath.	11	4	6	1
"Katholiken" gesamt	59	31	18	10
National	16	1	12	3
Freimaurer	1	-	-	1
Liberale	7	-	-	7
sonstige	2	-	2	-
"Nichtkatholiken" gesamt	26	1	14	11

Diese Zahlen wurden durch übereinstimmende und unabhängig voneinander vorgenommene Beurteilung mehrerer Kenner des innenpolitischen Lebens ermittelt. Aus verständlichen Gründen können hier weder die Namen der Referenzpersonen angegeben werden, noch die Namen der zu den einzelnen Sozialisationsgruppen gehörigen Nationalratsabgeordneten gebracht werden.

xx) eine Person beider Gruppen identisch

österreichischen Bevölkerung 6,2 %. Traditionell war der österreichische Protestantismus deutsch-national, antihabsburgisch und antiklerikal eingestellt, woraus sich seine Antiposition gegen das "christlich-soziale Lager" erklärt. Aus der deutschnationalen Tradition der Protestanten in Österreich ist auch die Tatsache zu verstehen, dass sich in Österreich zum Unterschied von Deutschland keine "Bekennende Kirche" im Kampf gegen den Nationalsozialismus entwickeln konnte. Es war im Gegenteil ein Grossteil der evangelischen Pfarrerschaft aktive Mitglieder in den Gliederungen der nationalsozialistischen Partei. Nach 1945 änderte sich diese Haltung und der österreichische Protestantismus vertrat erstmalig seit der Reformation ähnliche politische Standpunkte wie die katholische Mehrheit des Landes. Heute tendiert der grössere Teil der kirchlich bewussten Protestanten in Österreich zur ÖVP. Innerhalb der ÖVP besteht ein "Evangelischer Arbeitskreis". Im Österreichischen Nationalrat vertreten innerhalb der ÖVP-Fraktion zwei Abgeordnete die Interessen der Evangelischen Kirche in Österreich. Ein Landeshauptmannstellvertreter in dem Bundesland, in ^{dem} die Zahl der Protestanten in Österreich die relativ stärkste ist, im ehemals zur Stephanskrone gehörigen Burgenland, ist evangelisch. In der Wahlauseinandersetzung 1968 für den burgenländischen Landtag brachte die SPÖ konfessionelle Argumente gegen den evangelischen Spitzenkandidaten der ÖVP und für den katholischen Spitzenkandidaten der SPÖ ins Spiel.

Zu den für die Protestanten wichtigen Materien gehören die rechtliche Gleichstellung der Evangelischen Kirche mit der Katholischen Kirche und Schulfragen.

Andere Konfessionen

Die Juden, welche in Österreich die Zahl von 12.000 nicht überschreiten (das sind 0,16 % der Bevölkerung) treten politisch wenig hervor. Ihre traditionelle politische Heimat war die SPÖ. Innerhalb der ÖVP ist kein Jude in einer wichtigen Position tätig. Eher zur ÖVP neigen Mitglieder der Agudat Jisrael, Kreise um

Simon Wiesenthal und um den Oberrabbiner von Wien, sowie die Gewerbetreibenden des B'nai B'rith.

Das wichtigste politische Anliegen der Juden in Österreich sind Wiedergutmachungsfragen für das während der nationalsozialistischen Zeit erlittene Unrecht.

Der Anteil der Personen ohne religiöses Bekenntnis an der österreichischen Bevölkerung beträgt 3,8 %⁸⁴⁾. Dieser Personenkreis besteht aus zwei unterschiedlichen Gruppen, die "Konfessionslosen", welche im allgemeinen aus linkem Protest gegen die Religion aus der Katholischen Kirche ausgetreten sind, und die "Gottgläubigen", welche als Anhänger des Nationalsozialismus die Kirche verlassen haben. Beide Gruppen sind in der ÖVP in Mitglieder- und Wählerschaft schwach vertreten. Lange Zeit war der Verbindungsmann der ÖVP zu den Konfessionslosen der Abgeordnete und spätere Staatssekretär im Aussenministerium, Prof. Gschnitzer. Als Gschnitzer aus dem Parlament ausschied, wurde ein Nachfolger im Parlamentsklub gesucht, welcher die Funktion des Verbindungsmanns zu den Konfessionslosen übernehmen könnte. Die Suche blieb aber ergebnislos, da kein Abgeordneter bereit war, diese Aufgabe zu übernehmen.

Die Liberalen und die Nationalen

Im Auflösungsprozess des sogenannten "liberalen Lagers" entschieden sich die Wirtschaftsliberalen für die ÖVP, während die kulturpolitisch interessierten Liberalen sich der SPÖ anschlossen. Zur ÖVP fanden auch die liberalen Vertreter der Bauernschaft. Die liberalen Mitglieder und Wähler der ÖVP sind vor allem in den Gross- und Mittelstädten beheimatet. In der ÖVP-Fraktion des Nationalrats können sieben Abgeordnete als Liberale bezeichnet werden⁸⁵⁾, alle sind Mitglieder des Wirtschaftsbundes. In der Regierung war von 1949 bis 1961 und

84) Siehe Fussnote 81; 266.009 Personen ohne religiöses Bekenntnis (vgl. Ergebnisse der Volkszählung vom 21. März 1961, Heft 13, Tab. 17, S. 70)

85) Vgl. Tabelle Y

seit 1966 je ein Liberaler vertreten. 86)

Die Nationalen, jene Gruppe, welche eine besondere Betonung des Deutschtums vertritt, schlossen sich nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus zum Grossteil in dem 1949 zum ersten Mal zu Wahlen zugelassenen VdU zusammen. Ein kleinerer Teil ehemaliger Nationalsozialisten fand in die SPÖ und in die ÖVP^{86a)}. Für das Verhältnis der ÖVP zu ehemaligen führenden Nationalsozialisten waren die Gespräche in Oberweis grundlegend, welche dazu führten, dass von ehemaligen Nationalsozialisten Wahlempfehlungen für die Nationalratswahlen 1949 zugunsten der ÖVP gegeben wurden. Als Gegenleistung vergab die ÖVP eine gewisse Anzahl von Posten, in erster Linie nicht-politische, wie Journalisten, Hochschulprofessoren, an ehemalige Nationalsozialisten. Die Konzentrationsgebiete der Nationalen sind die Länder des "braunen Halbmonds", jener Bundesländer, in denen der Deutschnationalismus immer eine grosse Rolle spielte und auch die übrigen Parteien kräftig beeinflusste (Kärnten, Steiermark, Salzburg und Oberösterreich), in denen auch die Gefolgschaft der NSDAP relativ stark war. Von den 85 Angehörigen der ÖVP-Fraktion im Nationalrat sind 16 wegen ihrer politischen Vergangenheit und Gesinnung als Nationale zu bezeichnen⁸⁷⁾. Diese Zahl teilt sich auf die drei Bünde wie folgt auf: 12 Abgeordnete des Bauernbundes, 3 Abgeordnete des ÖWB und 1 Vertreter des ÖAAB. Für das Verhältnis der Nationalen in der ÖVP ist der Ausspruch eines ehemaligen Generalsekretärs der ÖVP kennzeichnend: "Unter den Schwarzen müssen die schwarzen Schwarzen immer die Mehrheit bilden." Diese Forderung ist in einem Verhältnis von 59 (katholische Abgeordnete) zu 16 (nationale Abgeordnete) auch verwirklicht. In der Bundesregierung waren die Nationalen ab 1949 immer durch einen Minister, zwischen 1953 und 1969 durch zwei Minister und seit 1968 durch einen Minister und einen Staatssekretär vertreten⁸⁸⁾.

86) Vgl. Tabelle Z 1

87) Vgl. Tabelle Y

88) Vgl. Tabelle Z 1

86a) Dies war nach Bundesländern sehr verschieden. So absorbierte etwa in Kärnten die SPÖ den größeren Teil der ehemaligen Nationalsozialisten, während in der Steiermark dies der ÖVP gelang. Dies hatte bestimmenden Einfluß auf die Mehrheitsbildung bei den entsprechenden Landtagswahlen.

Progressive und Konservative

Beide Begriffe sind in der österreichischen Politik wenig geläufig. Als Kriterien der Einteilung müsste das Verhältnis zur grundsätzlichen Veränderung der Gesellschaft bzw. zum Festhalten und Bewahren des sozialen Status quo angesehen werden.

Nach starken sozialreformerischen Ansätzen des Jahres 1945 brachte die Ära des Raab - Kamitz - Kurses eine Restauration wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Vorstellungen der Vorkriegszeit. Diese Periode wurde abgelöst durch eine Zeit der Auseinandersetzung zwischen der Gruppe der Reformer und der Kerngruppe ⁸⁹⁾. Die Reformer, die sich um die Person des späteren Bundeskanzlers Klaus und des ÖVP-Generalsekretärs Withalm scharten, und vor allem aus dem ÖWB und den westlichen und südlichen Bundesländern kamen, blieben schliesslich gegen die Kerngruppe, die ihre Anhänger in den östlichen Bundesländern und im ÖAAB und im ÖBB hatte, Sieger.

In den letzten Jahren gab es drei grössere ideologische Issues: Zunächst die Formulierung einer Familienpolitik mit der Einführung von Kinderbeihilfen und sonstigen familienfördernden Massnahmen. Anlässlich einer familienpolitischen Massnahme gab es die erste und einzige Revolte des ÖVP-Klubs unter der Führung des damaligen Klubobmannes Dr. Hurdes gegen eine Regierung, damals unter Bundeskanzler Raab. Eine weitere grundsätzliche Auseinandersetzung entstand anlässlich der causa Borodajkewycz (wo es um die Entfernung eines wegen seiner antidemokratischen, anti-semitischen und deutschnationalen Äusserungen bekannten Professors von einer Hochschule ging) und als wichtigstes ideologisches Problem die Frage einer kleinen Koalition der ÖVP mit der FPÖ.

Zusammenfassend lässt sich etwa sagen, dass eine gemässigte progressive Richtung sich in allen drei Auseinandersetzungen durchsetzte: Die familienpolitischen Massnahmen wurden verstärkt,

⁸⁹⁾ Die wichtigsten Vertreter der Kerngruppe waren ausser Raab und Figl der erste Generalsekretär der ÖVP, Felix Hurdes, der Präsident der Kärntner Landwirtschaftskammer Hermann Gruber und der Abgeordnete Karl Kummer, sowie die Bundesminister Heinrich Drimmel und Eduard Hartmann.

Professor Borodajkewycz musste die Hochschule nicht zuletzt wegen der starken Ablehnung im Lager der ÖVP verlassen und die kleine Koalition mit der FPÖ kam nicht zustande.

In ideologischen Fragen ist ein starkes Ost-West-Gefälle festzustellen. Das Verständnis für sozialreformerische Vorstellungen ist in Wien und Niederösterreich am grössten und nimmt gegen Westen und Süden hin ab, dagegen ist die Bereitschaft zu technokratischen Reformen der Effizienzsteigerung im Westen grösser und nimmt gegen Osten zu ab.

Wenn man die ideologische Stellung der Bünde vergleichen wollte, so wäre generalisierend etwa auszusagen, dass der ÖBB stark konservativ und pragmatisch eingestellt ist, und dass dies in letzter Zeit programmatische Konflikte mit den Technokraten der Landwirtschaftskammern gebracht hat. Der ÖWB ist am stärksten von allen Bünden auf die Vertretung der Gruppeninteressen hin zweckorientiert. Jenseits der ökonomischen Interessen ist den Abgeordneten keine Linie vorgeschrieben, die Vertreter des ÖWB sind somit die liberalsten und in programmatischer Hinsicht die freizügigsten Abgeordneten. Der ÖAAB ist ideologisch am stärksten profiliert, in seinem "Wiener Programm" aus dem Jahre 1945 ist eine umfassende Sozialreform aus dem Geist der katholischen Soziallehre gefordert. Im ÖAAB sind am ehesten die programmatischen Postulate der christlich-sozialen Partei der Vorkriegszeit wiederzuerkennen.

Weitere ideologische Probleme, d.h. Probleme einer bestimmten Grundhaltung in der Politik, sind auch das Verhältnis zur Österreichischen Nation, zur Neutralität, zur europäischen Integration und zur Ostpolitik. Auch hier ist ein starker Ost-West-Unterschied festzustellen.

Das Bekenntnis zur Österreichischen Nation ist im Osten am stärksten, in den an Deutschland angrenzenden Bundesländern und in Kärnten und Steiermark schwächer, die gleiche Haltung ist zur immerwährenden Neutralität Österreichs und zur Ausweitung der Beziehungen zu den östlichen Nachbarländern fest-

zustellen, während die positivere Einschätzung der Möglichkeiten einer Teilnahme an der europäischen Integration durch Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im Westen stärker ist und dort auf mehr Sympathie stößt als im Osten. Das Verhältnis zu den vier ideologischen Fragen korreliert sehr stark mit dem Unterschied zwischen den aus dem katholischen oder jenen aus dem nationalen Lager stammenden Mitgliedern der ÖVP.

In der Frage der Österreichischen Nation geht es um das Bekenntnis zu einer eigenständigen Österreichischen Nation oder um die Auffassung, die Österreicher seien ein Teil der Deutschen Nation. Die Auffassung von der Österreichischen Nation hat ihren Kristallisationspunkt im "Österreichischen Nationalinstitut", welches außerhalb der ÖVP gegründet wurde und die Einführung eines österreichischen Nationalfeiertags (26. Oktober) zum Gedenken an die Erklärung der immerwährenden Neutralität durch das österreichische Parlament durchsetzte. Es ist dies die für die ÖVP kennzeichnende Erscheinung, daß eine Forderung von außerhalb der Partei leichter in der Partei durchzusetzen war als eine jahrelang im Kulturausschuß der ÖVP vertretene Politik.

In der Neutralitätsfrage stehen sich eine enge und eine weite Interpretation der Neutralität gegenüber. Im Wahlkampf 1966 war der Neutralitätsbegriff Gegenstand polemischer Auseinandersetzungen zwischen Kreisen der ÖVP in Westösterreich gegen Vertreter der Wiener ÖVP. Der Gedanke eines Beitritts zur EWG hat gelegentlich in versteckter Weise die Funktion des früheren "Anschluß"-Gedankens an Deutschland angenommen. Der Höhepunkt dieser nach Europa und damit in erster Linie nach Deutschland orientierten politischen Absichten war die Zeit der Bundeskanzlerschaft Dr. Gorbachs.⁹⁰⁾

Diese Forderung kann auch in teilweisem Gegensatz zur immerwährenden Neutralität gesehen werden. Es wurde auch schon von der Möglichkeit eines "Verhungerns in der Neutralität" gesprochen.⁹¹⁾

Die Frage der Ausweitung der

90) Vgl. Tabelle C. Im Parteiprogramm der ÖVP von 1958 beschäftigen sich 8 % der Feststellungen und Forderungen mit den europäischen Einigungsbestreben, dagegen je 1% in den ÖVP Programmen von 1952 und 1956, vgl. A. Stirnemann, Partei und Ideologie, op. cit.

91) Es ist dies eine bekannte Äußerung des Landeshauptmanns der Steiermark, Josef Krainer.

Beziehungen zum europäischen Osten ist teilweise als Alternative für die Nichtteilnahme an der europäischen Integration zu verstehen, andererseits aus traditionellen Bindungen des östlichen Österreichs und besonders Wiens mit den Gebieten der früheren Donaumonarchie. Der Anteil des Osthandels hat sich zwischen 1955 und 1968 mehr als verdoppelt,⁹²⁾ ist aber im Vergleich zum EWG und EFTA-Handel eher weniger bedeutend.

Die Sekundärgruppen der politischen Sozialisation

Eine für Österreich besonders wichtige Erscheinung sind jene Studenten- oder Jugendorganisationen, welche für viele zukünftige Politiker die erste politische Heimat sowie die Schule für politisches Verhalten darstellen. Ihre Bedeutung liegt darin, dass die Absolventen als "Alte Herren" Mitglieder bleiben und eine grosse Kohäsionskraft entwickeln, welche sich besonders in der Personalpolitik zeigt.

Die grösste dieser Gruppen ist der "Cartellverband der (farbentragenden) katholischen Studentenverbindungen (ÖCV)". Er ist der wichtigste politische Sozialisationsweg österreichischer, ihrer Herkunft nach meist bäuerlicher oder kleinbürgerlicher katholischer Akademiker. Entstanden in der Auseinandersetzung der Katholiken mit dem liberalen Staat in der Zeit des Kulturkampfes des vorigen Jahrhunderts, setzte er sich personalpolitisch besonders seit der Kanzlerschaft des Prälaten Seipel⁹³⁾ durch. Seine Grundsätze sind katholischer Glaube, österreichisches Vaterlandsbewusstsein, Wissenschaft und lebenslängliche Bundesbrüderschaft. "The power of the CV in Austria is something unique: a combination of a Hindu caste, an American Free mason's order and the British school-tie-Clique"⁹⁴⁾ Er hat vor allem personalpolitische Ballungsgebiete in der Regierung, in der Ministerialbürokratie, in einigen Landesregierungen sowie in den Handels- und Landwirtschaftskammern, in geringerem Masse ist der ÖCV an den Hochschulen vertreten. Dagegen fehlt der personelle Einfluss des ÖCV besonders auf den

92) vgl. OECD "Aussenhandel", Serie A, vom Oktober 1968 und "Wirtschafts- und Sozialstatistisches Taschenbuch des österreichischen Arbeiterkammertags 1969", Wien 1969.

93) W. Goldinger, Geschichte der Republik Österreich, Wien 1962, S. 140.

94) Gordon Shepherd, Dollfuss, London 1961, Seite 85.

Gebieten der Wirtschaft und in den meisten Bundesländern auch im Parteiapparat, sowie seit 1945 auch in der Kirche und in kirchlichen Organisationen.

Auf Regierungsebene war die Herrschaft des CV besonders durch eine Arbeitsteilung zwischen regierenden Politikern, welche dem CV angehören, und der verwaltenden hohen Bürokratie, welche aus den Cartellbrüdern der Minister bestand, gekennzeichnet. Seit 1945 stellt der CV ständig den Bundeskanzler, seit 1966 auch den Vizekanzler. Ausserdem gehörte jeweils ein Grossteil der ÖVP-Fraktion der Bundesregierung dem CV an ⁹⁵⁾. Der Höhepunkt wurde erreicht in der ersten Zeit der Regierung Klaus II mit 8 Regierungsmitgliedern und 2 Staatssekretären von insgesamt 13 Ministern und 4 Staatssekretären. Im Nationalrat ⁹⁶⁾ sind unter den 85 ÖVP-Abgeordneten 19 Mitglieder des Cartellverbandes, davon 9 im ÖAAB, 6 im ÖWB und 4 im ÖBB. Von den Landeshauptleuten ⁹⁷⁾ stellte der CV 1946 3 Vertreter, 1956 zwei und 1962 vier und 1968 einen sowie einen stellvertretenden Landeshauptmann in Wien. Im Parteiapparat ⁹⁸⁾ sind die Posten des Generalsekretärs der ÖVP, des Chefs des politischen Büros der ÖVP, von CVern besetzt, ebenso 6 Hauptreferenten der Bundesparteileitung von insgesamt 10, 2 LandesparteiSekretäre von insgesamt 9 und 3 Landesparteiobmänner von insgesamt 9. Von den Generalsekretären der Bünde ist einer Mitglied des CV. Sämtliche Sekretäre der Regierungsmitglieder mit zwei Ausnahmen sind derzeit CVer, von den 4 Sekretären des ÖVP-Parlamentsklubs sind 2 Mitglieder des CV. Auf der Ebene der Sekretäre, welche früher eine besonders grosse Rolle spielte, sodass man von einer "Herrschaft der Sekretäre" sprechen konnte, hat sich allerdings eine Abnahme des Einflusses des CV abgezeichnet, welche auch in der zunehmenden Anstellung von Nicht-CVern ihren Ausdruck findet.

95) Vgl. Tabelle Z 1

96) Vgl. Tabelle Y

97) Vgl. Tabelle X

98) Vgl. Tabelle Z 2

Tabelle Z 1. Zusammensetzung der ÖVP-Fraktionen der Bundes-
regierung nach der Herkunft aus den "Sekundärgruppen
politischer Sozialisation" seit 1945

Regierung	CV	KA	RB	Lib.	Nat.	So.
Figl I 45-49	Kz3 (+1)	-	3	-	-	1 ^{o)}
Figl 49-53	Kz 2 (+2)	-	1	1 ^{⊗)}	1	-
Raab I 53-56	Kz2 (+2)	-	-	1 ^{⊗⊗)}	2	-
Raab II 56-59	Kz 4 (+1)	- (H)	-	- (+1) ⁺	1	-
Raab III 59-61	Kz3	1 ^{⊕)} (+1)	-	-	1	-
Gorbach I 61-63	Kz3 (+2)	1 ^{⊕)}	-	-	1	-
Gorbach II 63-64	Kz4 (+4)	-	-	-	1	-
Klaus I 64-66	Kz3 (+3)	1	- (+1)	-	1	-
Klaus II/1 66-68	KzV. 6 ^{x)} (+2)	2 ^{x)}	1 (+1)	1 (+1) ^{xx)}	1	-
Klaus II/2 68-70	KzV. 3 ^{x)} (4) (+1)	2 ^{x)} (1)	2 (+1)	1 ^{xx)} -	1 (+1)	2 ^{xxx)} (+1)

o) NÖ. Bauernbund

x) gleichzeitig CV und KA (1 Minister)

⊗) Industrieller

⊗⊗) Landbund

⊕) KV und KA gleichzeitig

xx) später Ehrenband des CV

xxx) Freimaurer

+) konfessionslos

CV = Cartellverband

KA = Katholische Aktion

RB = Reichsbund

KV = Kartellverband

Lib = Liberaler

Nat = Nationaler

Ziffern in Klammern bedeuten: Wechsel während der Funktionsperiode
Ziffern in Klammern mit Pluszeichen (+1) bedeuten: Staatssekretäre

Tabelle Z 2. Zusammensetzung des Parteiapparates der ÖVP
nach der Herkunft aus den "Sekundärgruppen
politischer Sozialisation"

Stand: Sept. 1969

Generalsekretär	CV	
Stellv. Generalsekretär	Kath.	
Chef d. polit. Büros	CV	
Hauptreferenten der Bundesparteileitung	CV	6
	KA	3
	So	1
Landesparteisekretäre	CV	2
	KA	4
	nat.	1
	So	2
Landesparteiobmänner	CV	3
	KA	1
	So kath.	4
	(Reichsbund, Kolping)	
	nat.	1
Generalsekretäre der Bünde	CV	1
	Reichsbund	1
	So kath.	1
Klubsekretäre	CV	2
	KA	2

CV = Cartellverband
 KA = Katholische Aktion
 nat. = Nationale
 So = Sonstige

Eine andere Gruppe katholischer Politiker sind die Mitglieder des in der I. Republik bedeutenden "Reichsbunds der katholischen Jugend". Sie sind heute in einer losen "Arbeitsgemeinschaft des ehemaligen Reichsbundes" zusammengefasst. Im Parlament stellt der Reichsbund 20 Abgeordnete, davon 14 im ÖAAB, 5 im ÖBB und 1 im ÖWB ⁹⁹⁾. In der Bundesregierung waren Vertreter des Reichsbunds von 1945 - 1949 und ab 1966 tätig.

Im bewussten Gegensatz zu den traditionellen Einrichtungen des österreichischen Katholizismus entstand als Jugendbewegung der "Bund Neuland". Sein derzeitiges politisches Schwergewicht liegt in Salzburg.

Die bedeutungsmässige Nachfolge der beiden heute nur mehr als Traditionsverbände bestehenden Organisationen "Reichsbund" und "Neuland" hat die "Katholische Aktion" angetreten, die offizielle Laienorganisation der Kirche, deren Jugendorganisation, die "Katholische Jugend", mit 200.000 Mitgliedern die stärkste Jugendorganisation in Österreich ist. Aus ihr kommen die meisten kirchlich engagierten Katholiken in der Politik. Ihre politischen Schwergewichte hat sie in Oberösterreich und in der Steiermark. Mitglieder der KA in der Regierung war je ein Bundesminister von 1959 - 1963 und von 1964 - 1969 und ein dritter Bundesminister ab 1966. ¹⁰⁰⁾ In der ÖVP-Parlamentsfraktion gehören der Katholischen Aktion 5 Abgeordnete an ¹⁰¹⁾, darunter 3 im ÖAAB und je einer in den beiden anderen Bünden. Im Parteiapparat ¹⁰²⁾ sind 3 Angehörige der Katholischen Aktion Hauptreferenten der Bundesparteileitung, ebenso kommen 1 Landesparteiobmann und 4 Landesparteisekretäre aus der Katholischen Aktion.

Weitere katholische Sekundärgruppen sind der Kolping-Verband, der Mittelschüler-Cartellverband (MKV) und schliesslich ist hier auch noch der ehemalige Adel anzuführen, welchem ebenfalls die Rolle einer Gruppe politischer Sozialisation im katholischen Lager zukommt.

99) Vgl. Tabelle X

100) Vgl. Tabelle Z 1

101) Vgl. Tabelle Y

102) Vgl. Tabelle Z 2

Zu den nichtkatholischen Sekundärgruppen gehören in erster Linie die deutsch-nationalen Kreise, die aus verschiedenen Korporationen, wie insbesondere aus den nationalfreiheitlichen Burschenschaften, Corps und sonstigen Studentenverbindungen stammen, schliesslich gehören hierher die ehemaligen Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen. Nach Kriegsende entstanden national-liberale Gruppierungen unter dem Namen "JungeFront" (diese ging aber schliesslich grossteils in der FPÖ auf), und um die Grazer Zeitschrift "Neue Ordnung". Aus deutsch-nationalen Organisationen kommen 16 der 85 ÖVP-Abgeordneten, der Grossteil davon Vertreter des ÖBB¹⁰³⁾. In der Bundesregierung stellen die Nationalen seit 1949 jeweils einen Minister, zwischen 1953 und 1959 sogar zwei Minister und seit 1968 einen Minister und einen Staatssekretär.¹⁰⁴⁾

Schliesslich wären als wesentlich kleinere und politisch mit einem kleineren Personaleinfluss die Gruppen der Freimaurer, der Lions und Rotarier und der Vereinigung "Schlaraffia" anzuführen.

Sonstige Interessengegensätze

Hier seien der Vollständigkeit halber noch die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Ebenen der Parteifunktionäre erwähnt, insbesondere zwischen der Parteispitze und den mittleren Parteifunktionären. Die plebiszitäre Wahl des Parteiobmanns und damit des Bundeskanzlers in der ÖVP führt zu einem von dem Ausgang einer Wahl durch den Nationalratsklub oder durch die Parteispitze sehr verschiedenen Resultat. Zwischen der Bundesparteileitung und den einzelnen Landesparteileitungen der Bundesländer gibt es, besonders in der Frage der Kandidatenaufstellung, bei Nationalratswahlen, gelegentlich Auseinandersetzungen über die Personen, da das Nominierungsrecht wesentlich bei den Landesparteileitungen konzentriert ist.

Eine andere Ebene der Auseinandersetzungen innerhalb der Partei ist die Auseinandersetzung zwischen Akademikern und Nichtakademikern oder genauer ausgedrückt, zwischen Politikern, die ein Verhältnis zum intellektuellen Stil der Politik haben und solchen,

103) Vgl. Tabelle Y

104) Vgl. Tabelle Z 1

welchen dieser Sinn abgeht. Die Anzahl der Akademiker im ÖVP-Abgeordnetenklub ist seit 1945 in ständigem Steigen begriffen.¹⁰⁵⁾ Unter den Absolventen einer Hochschule dominieren vor allem die Juristen und die Agraringenieure. Besonders unterrepräsentiert sind Wirtschaftsakademiker und Techniker. Nur zwischen 1953 und 1955 war die ÖVP durch einen Arzt im Nationalrat vertreten. Ethnische Minderheiten spielen in der Bundespolitik keine Rolle, der Einfluss der Kärntner Slowenen (5 % der Einwohner Kärntens) und der Burgenländer Kroaten und Ungarn (11 % bzw. 2 % der Burgenländer) beschränkt sich auf die Landespolitik.¹⁰⁶⁾ Die winzige tschechische Minorität in Wien steht zum grössten Teil der SPÖ nahe.

105) Vgl. Tabelle Z 3

106) Nach W. Oberleitner, op. cit., Seite 78 ff, bestehen folgende ethnische Minoritäten in Österreich: 30.599 Kroaten im Burgenland mit 39 Mehrheitsgemeinden, 22.534 Slowenen in Kärnten mit 12 Mehrheitsgemeinden, 5.251 Ungarn mit 2 Mehrheitsgemeinden und 4.875 Tschechen in Wien. Nach den 'Ergebnissen der Volkszählung' von 1961, Heft 13, Tabellen 18 und 19 ist die Zahlenstärke der ethnischen Minderheiten in Österreich folgende:

Umgangssprache	Personen	Prozentanteil an der Bevölkerung des Burgenlands (B) bzw. Kärntens (K)
kroatisch	28.126	11 % (B)
madjarisch	5.742	2 % (B)
slowenisch	14.003	3 % (K)
windisch	11.469	2,5 % (K)

Tabelle Z.3 Anteil der Akademiker im Österreichischen Nationalrat
seit 1945 (in Klammern Gesamtmandate der Parteien)

	ÖVP	SPÖ	FPÖ (früher VdU)	KPÖ
1945-49	20 (85)	11 (76)	-	0 (4)
1949-53	26 (77)	10 (67)	12 (16)	0 (5)
1953-56	21 (74)	8 (73)	7 (14)	0 (4)
1956-59	29 (82)	8 (74)	5 (6)	0 (3)
1959-62	29 (79)	10 (78)	5 (8)	-
1962-66	30 (81)	14 (76)	4 (8)	-
1966-70	31 (85)	10 (74)	3 (6)	-

Quelle: "Bilanz", Zentrallausschuß der Österreichischen Hochschüler-
schaft, Heft 2/IV. Jhg., Mai 1966.

Literaturverzeichnis

- Adamovich, L.: Handbuch des österreichischen Verfassungsrechts, Wien 1958, II. Band.
- Apel, Hans: Der deutsche Parlamentarismus, Reinbek bei Hamburg, 1968.
- Berichte und Informationen, Wien, Jhg. XIII (1963), Jhg. XVIII (1968).
- Bericht für den 10. Bundestag des ÖAAB (30.6.1965).
- Bericht für den Klagenfurter Bundesparteitag, 1965.
- Bericht an den Parteitag der SPÖ, 1968, Wien.
- Berthold, Karl: Die Parteiprogramme der österreichischen Parteien, Wien 1968.
- Bilanz, das österreichische Studentenmagazin, 4. Jhg., Heft 3, Mai 1966.
- Blecha, Karl: "Es geschah in Österreich" in "Die Öffentlichkeit und der Fall B." (IFES).
- Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Mitgliederstatistik, Stichtag 31.12.1967.
- Bundesparteitag 1965, Wien 1965.
- Dudley, Louise Powelson, The Political Parties of Austria, New Haven, 1953.
- Figl, Leopold: Sinn, Weg und Ziel der ÖVP, Wien 1967.
- Fischer Almanach 1965, Frankfurt 1964.
- Goldinger, Walter: Geschichte der Republik Österreich, Wien 1962.
- Graf, Ferdinand: Die organisatorische Aufgabe der ÖVP, Wien 1947.
- Greil, Leopold: 50 Jahre Präsidenten - Konferenz der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften, Wien 1959.
- Handelskammerwahlen, Wien 1955.
- Hansluwka: "Österreichische Bevölkerung im Spiegel der Volkszählung 1961", Wien 1964.
- Hartleb, Karl: Statistisches Handbuch für Mandatare, Wien 1954.

- Heindl, G. : Wie wir wurden, Wien 1966.
- Hurdes, Felix: Politischer Rechenschaftsbericht der ÖVP, Wien 1947.
- Hurdes, Felix: Rückblick und Rechenschaft, Protokoll des Bundesparteitages der ÖVP 1965, Österr. Verlag 1965.
- Jahrbuch der Arbeiterkammer, Wien 1965.
- Jahrbuch der ÖVP 1947, Wien 1947.
- Karisch, A. : Parteien und Verbände in der österr. Wirtschaftsordnung in "Politische Studien" XVIII (1966), 168, S. 401 f.
- März E. / E. Weissl: "Arbeiterkammern" in Th. Pütz, Verbände und Wirtschaftspolitik in Österreich, Berlin 1966.
- Naßmacher, K.H.: Das österreichische Regierungssystem, Köln-Opladen 1968.
- Oberleitner, Wolfgang: Politisches Handbuch der Republik Österreich, 1945 - 1960, Wien 1960.
- Österreichischer Amtskalender, Jhg. 1945 - 1969.
- Österreichische Monatshefte, 20 Jahre ÖVP, Wien 1965.
- ÖVP - Wer ist sie ? Was will sie ? Wien 1967.
- ÖVP, Die ... und ihre Mandatare, Wien 1964.
- Protokolle des 1. Bundesparteitages der ÖVP vom 1. April 1947.
- Protokoll des Bundesparteitages der ÖVP 1965, Österr. Verlag, Wien 1965.
- Rose, Richard: Parties, Fractions and Tendencies in Britain in "Political Studies", vol. 12, Feb. 1964.
- Shepherd, Gordon: Dollfuss, London 1961.
- Statistisches Handbuch des Landes Kärnten, 14. Jhg., 1968.
- Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, Wien 1968.
- Stirnemann, Alfred: Ideologie und Partei, zum Problem quantitativer Untersuchungen von Parteiideologien unter besonderer Berücksichtigung der Parteiprogramme der ÖVP. Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung, Wien (vervielfältigt) 1969.

SWS, (Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft), "Das Nationalbewusstsein der Österreicher" in "Die Meinung" Heft 1 und 2|3, Frühjahr und Herbst 1965.

Vodopivec, A.: Wer regiert in Österreich? , Wien 1963.

Volkszählungsergebnisse vom 21.3.1961. Bearbeitet und herausgegeben vom Österreichischen Statistischen Zentralamt. besonders Hefte 11, 13; 14, 15 "Die Berufstätigen nach ihrer Zugehörigkeit" Wien 1964.

Wandruszka, A.: "Österreichs politische Struktur, Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen" in H. Benedikt, Geschichte der Republik Österreich, Wien

Wirtschaftskorrespondenz, Bericht, Wien 1955.

Wirtschafts- und Sozialstatistisches Taschenbuch des österreichischen Arbeiterkammertags 1969, Wien 1969.

Österreich-Lexikon, Wien - München, 1966

Die Mitglieder des österreichischen Nationalrats 1918-1968, hsgb. von der Kanzlei des Präsidiums des Nationalrats, Wien 1968.

Jährliche Publikationen

Amtskalender der Republik Österreich, Wien, Österr. Staatsdruckerei, ab 1946 jährlich.

Index zu den stenographischen Protokollen des Nationalrats und Bundesrats, Wien, Österr. Staatsdruckerei (erscheint zum Abschluss jeder Legislaturperiode).

Nationalrat und Bundesrat, Büro, Mitglieder, Ausschüsse, Klub; Wien, Österr. Staatsdruckerei, ab 1946 jährlich.

Nationalrat und Bundesrat der Republik Österreich; Wien, Österr. Staatsdruckerei, ab 1946 jährlich.

Österreichisches Jahrbuch, nach amtlichen Quellen, hsgb. vom Bundespressdienst, Wien, Österr. Staatsdruckerei, ab 1946 jährlich.